

Der Textil-Arbeiter

Vereint seid Ihr Alles!
Vereint seid Ihr nichts.

Organ zur Wahrung der Interessen aller in der Textilbranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.

Hauptklasserer: Georg Treu, Berlin O. 112, Kronprinzenstraße 47, an den alle Geldsendungen — stets unter Angabe ihrer Bestimmung — zu richten sind) und der Zentral-Kranken- und Begräbniskasse für Textilarbeiter und Arbeiter anderer Berufe beiderlei Geschlechts (E. S. 12, Sitz Chemnitz).

Wöchentlich erscheint eine Ausgabe, Vierteljährlicher Beauftragter durch die Expedition 60 Pf., durch unsere Filialen und durch die Post 75 Pf., durch letztere und den Briefträger ins Haus geliefert 90 Pf. — Vereins- und Versammlungsangelegenheiten 15 Pf., Geschäftsangelegenheiten 60 Pf., die dreigeteilte Zeitung, Mitteilungen und Anzeigen müssen für die stets Mittwochs zum Verband kommende Ausgabe bis Montag freihaben in den Händen des Herrn Albin Reichelt, Chemnitz, Uferstraße 14, sein, an welchen auch die Beauftragter zu senden sind. — Postzeitungssatz Nr. — Telefon: Nr. 1996, Volksstimme.

Nr. 38.

Chemnitz, Freitag den 16. September 1904.

16. Jahrgang.

Mitglieder, werbt unablässig für euren Verband!

Zugang zu vermeiden ist von Webern und Weberinnen nach Boppingen, nach Wolsenburg (Delpziger Baumwollweberei), nach Aachen bei Möncheng (Gimbels), von Polstermacherin nach Berlin (A. Knopfmacher), Halle a. S. (Fischer & Frisch), von Arbeitern und Arbeitern aller Branchen nach Erlmühlbach, nach Budenwalde, von Spinnern und Spinnereiarbeitern nach Maunz i. S. (Wagner u. Sohn), von Tuchwaren- und Spinnereiarbeitern und Arbeitern nach Dornheimen, Krefeld, (Krefelder Baumwollspinnerei), von Webern und Chemnitzreihern nach Krefeld i. S. (M. Hoppo), von Feingdruckern nach Krefeld, von Druckern nach Cöppersdorf bei Burgstädt (Röhrle), von Teppichwebern nach Nowawes (Goetz).

Reaktionäre Schärfmacher an der Arbeit.

Ein Antrag Auer und Genossen erachtet bestimmtlich den Abstieg um die Vorlage eines Gesetzentwurfs, durch den ein Arbeitgeber oder Stellvertreter eines Sozialen, der sich mit einem anderen Arbeitgeber oder dessen Stellvertreter verabredet oder vereinigt, in den Arbeitern deshalb, weil sie an der im § 152 der R. G. O. beschriebenen Vereinigung teilgenommen haben oder an derselben ferner Teilnehmen wollen, ihr sinneres Vorkommen über die Arbeitsleidigkeit zu erhöhen, lie nicht in Arbeit zu nehmen, er sie aus der Arbeit zu entlassen, mit Gestängnis bis 3 Monaten bedroht wird, sofern nicht nach den bestehenden sozialen Bestimmungen eine höhere Bestrafung einzutreten hat. Wie berechtigt dieser Antrag ist, wissen sowohl die Unternehmer als die Arbeiter. Die ersten, soweit sie an der wirtschaftlichen Entwicklung der Arbeiter durch „Schwarze Ostern“ beteiligt waren oder sind, die letzten, soweit sie unter solchen Ostern zu leiden hatten oder noch leiden. Nichtadelswörter verlangt aber der „Allgemeine Innungs- und Handwerkerstag“, der unlängst in Magdeburg tagte, einen weitergehenden Schutz des Unternehmers gegen Arbeiterschaft und Publizistum, gegen die ersten gegen widerrechtliche Arbeitsstellungen und „Ausbrechungen“ gegen Arbeitswillige, gegen leichtere württembergische Maßnahmen gegen den von ihm doch sehr angewandten Bonkot. Göttingerweise hat man den künftigen Bonkot gegen Gastwirte dabei nicht berücksichtigt, sodass in Zweifel darüber bleibt, dass der Innungs- und Handwerkerstag billigt. Möchte er sich doch auch in Württemberg nicht gegen die Gastwirte selber, sondern gegen die dort ihnen verlebren Arbeiter. Und gegen sie ist ja jedes Mittel gerecht!

Die betreffende Resolution lautet:

Die zum allgemeinen Innungs- und Handwerkerstag in Magdeburg versammelten Vertreter des organisierten Handwerks, da angefischt der bei zahlreichen Lohnbewegungen zu gegetretene Ausschreitung ein wirksamer Schutz gegen den Miabrauch der Koalitionsfreiheit zu verlangen ist. Sie richten an am Bundesrat und Reichstag die Bitte, diesem Wunsche folgenden Richtungen zu entsprechen.

Ergänzung des § 152 G. O. dahingehend, dass bestraft wird, wer die Arbeiter zur widerrechtlichen Einstellung der Arbeit öffentlich auffordert, sowie derjenige, der durch öffentliche und gehörige Kundgebungen das Publizistum oder einzelne Bevölkerungsmittel zur Weidung bestimmter Geschäfte auffordert. Annahme des Antrages v. Dresden und Genossen: „Der Reichstag wolle beschließen, die verbündeten Regierungen um baldige Vorlegung eines Gesetzentwurfs zu ersuchen, durch den im Interesse der Aufrechterhaltung der Rechtsordnung bei gewerblichen Lohn- und Arbeitsdämpfen die Arbeitswilligen wissamer wie bisher gegen Bedrohungen, Gewaltstiftungen und Zwang geschützt werden.“

In der Erwagung, dass § 124 b G. O. in der Praxis lediglich eine Verpflichtung für den Arbeitgeber darstellt, den Arbeitnehmer aber nicht bindet. Bestrafung des Kontraktbruches.

Vorbot des Strafverfahrens.

Sollte den Betriebsvereinen oder Verbänden die Rechtsfähigkeit geben werden, so müssten sie zum Erfahrt bestreiten Schaden hergegeben werden können, der durch sie bzw. ihre Beamte oder siebener anlässlich von Lohnbewegungen verursacht worden ist. Während der Innungs- und Handwerkerstag den militärischen Ton also genau überholt und damit angibt, dass darunter die Veranlagung solale ungestraft abgetrieben werden kann, jedoch sie nicht einmal verantwortlich zu sein, will er ihnen noch das Strafverfahren überlassen lassen — was ebenfalls jetzt schon nicht geschieht — sofern sie bei manchem Ausmaß dem Betriebe nicht nur mit verhandeln können, auch einmal kontrollieren können, wie vom Betriebe abhängig es dann und wer den Ausständigen unter Aufsichtstellung aller Recht in den Händen gestellt ist.

Die Herren Unternehmer sind aber keineswegs Gegner der Klassensolidarität — soweit ihre eigene Klasse in Frage kommt. Ihre ganzen Verhandlungen zeichnen sich grade durch das Streben aus, das Solidaritätsgefühl in den eigenen Reihen zu wecken. Da einem Wirt, der ihm Personalkundungen beherbergt, der militärische Poststall nicht droht, so würden sie also das Kooperationsrecht in weitestem Maße ausnutzen können, wogegen es für die Arbeiter so gut wie aufgehoben wäre — falls ihren Forderungen von der Geschäftsgabe Rechnung getragen würde. Dann könnten sie auch durch Lohnreduktionen und Abweisungen von Lohnforderungen ihre Lage, die, wie sie behaupteten, der Großindustrie gegenüber eine prekäre ist, auf Kosten der Arbeiter erheblich verschärfen. Auf wie lange, ist freilich eine andre Frage, denn die Großindustrie würde ihrerseits auch nicht erlangen, die sie sie günstigere Situation nach Kräften auszunutzen und ggf. falls einen solchen Druck auf die Lohnhöhe ausüben, dass die ehrenamen Handwerksmeister doch im Interessen bleibent.

Vorläufig freilich haben sie noch keine Aussicht, ihre reaktionären Wünsche in Erfüllung gehen zu können. Vorläufig steht, wie die „Arbeitsgeberzeitung“ bedauern bemerkt, „der Wind noch von einer ganz andern Seite her.“ Das ist zwar Überzeugung, zu dem Zweck gestellt, die parlamentarischen Kreise gegen die Arbeiter schärfen zu machen. Doch in der Tat werden die Arbeitgebervertreter dafür sorgen, dass die Stärke der Reaktion nicht in den Himmel wachsen. Wenn sie dabei der Unterstützung anderer parlamentarischer Vertreter und Parteien teilhaftig werden, sowohl nur, weil diese einsehen müssen, dass das Unternehmertum — auch die Handwerksmeister — sich den Arbeitern gegenüber in einer so günstigen Position befinden, dass sie bei gleicher Interessenssolidarität die Maßnahmen der Arbeiter garnicht ernstlich zu fürchten haben. Insgesamt, die Arbeiter müssen ihrerseits noch viel mehr Interessenssolidarität zeigen, wenn sie den Angriffen der Unternehmer auf die Dauer gewachsen bleiben wollen!

Das gelgt auch zur Genüge eine Resolution, die der Innungs- und Handwerkerstag gegen die Teilnahme der Arbeiter an der Verwaltung der Krankenkassen angenommen hat:

In der Erwägung, dass:

1. durch die bisher gemachten Erfahrungen die Verwaltung der Arbeitgeber bei den Ortskrankenkassen dadurch vorsätzlich missbräucht gemacht worden ist, dass die sozialdemokratische Partei es verstanden hat, als Arbeitnehmer nur Ungehörige ihrer politischen Überzeugung in die Verwaltung hinein zu bringen, welche grundsätzlich die Meinungen der Arbeitgeber infolge ihrer Übermacht im Stimmenverhältnis niederschlagen und insofern erwiesenermassen durch viele Krankenkassenverwaltungen der sozialdemokratischen Partei agitatorisch Vorschub geleistet wird;
2. durch die Innungs-Krankenkassen vorsätzlich ein verhältnismäßig gesellschaftliches Verhältnis zwischen Meister und Gesellen herbeigeführt worden ist;
3. die Innungskassen infolge der durch die Innung geschaffenen Organisationen den Verschärfen mindestens dieselbe, sehr oft auch mehr Unterstützung zu teilen werden lassen können, wie die Ortskrankenkassen,

empfiehlt der allgemeine deutsche Innungs- und Handwerkerstag allen Innungen, soweit sie eine genügende Anzahl versicherungspflichtiger Personen beschäftigen, Innungs-Krankenkassen der im § 73 des Krankenversicherungsgesetzes bezeichneten Art zu errichten. Der Innungs- und Handwerkerstag erwartet, dass alle vorgesehenen Behörden den Bemühungen der Innungen, welche von ihrem, ihnen durch die Gesetzgebung gegebenen Rechten, Innungs-Krankenkassen zu gründen, Gebrauch machen wollen, erfolgreiche Förderung und Unterstützung angehören lassen werden.

Der Innungs- und Handwerkerstag erachtet ferner den Vorstand des Zentralausschusses vereinigter Innungsverbände Deutschlands, Schritte zu tun, dass eine Gesetzesänderung erwirkt wird, dahin gehend, dass auch den Innungskrägen das Recht gegeben werde, gegebenenfalls gemeinsame Krankenkassen im Sinne des § 73 des Krankenversicherungsgesetzes für die den Ausschüssen angehörenden Innungen einzurichten zu können.

Auch hier werden den Herren die Trauben noch zu hoch hängen. Immerhin zeigt aber auch dieser Vorstoß, obiges nicht der erste dieser Landes, wenn auch das vorgegebene Ziel der Originalität nicht erreichen mag, was den Arbeitern auch in sozialpolitischer Sichtlichkeit droht.

Es fehlt aber gerade daran, dass man einen großen Teil der Arbeiter, die zu Gunsten der besser wirtschaftlichen Ortskassen ihre freien Sollstellen aufgeben, die sie ganz allein verwahren dürfen, in

zwecklose Innungsklassen hineinzwingen, die mit ihren Festsitzungen nicht entfernt an die der vielfach schon zentralisierten Ortskassen nicht hinreichend würden.

Die Christlichen an der Arbeit.

Was Ohligs wird uns geschrieben:

Als vor einiger Zeit die hiesigen Textilarbeiter zu der Einsicht kamen, dass sie ohne Organisation dem immer mehr sie auswendenden Unternehmertum gegenübersetzen mussten, beschlossen sie, sich zu organisieren. Die erste Besprechung fand im Lokale des Herrn W. Bühl statt. Hier wurde von sämtlichen Anwesenden (es waren 30 Weber von der Firma Wösel Nachf.) betont, dass nur ein einiges und entschlossenes Vorgehen etwas nützen könnte. Sie handelten auch danach. 27 von den 30 ließen sich in den Zentralverband Deutscher Textilarbeiter aufnehmen. Kurz darauf erschien im „Bergischen Volksfreund“ eine Notiz, die sich mit dieser Versammlung beschäftigte. Sie drückte ihre Verwunderung aus, dass sich eine ganze Anzahl Textilarbeiter in den Deutschen (sozialdemokratischen) Textilarbeiterverband organisiert hätten. In einer der nächsten Versammlungen wollte man versuchen, auch die Frauen und Mädchen zu organisieren. Zum Schluss heißt es weiter, dass nun die christlich gesinnten Arbeiter sich auch organisieren möchten. Gelegenheit wurde ihnen dazu in kurzer Zeit geboten. Also, als die Arbeiter sowohl waren, dass sie einfacher, dass ohne Organisation nichts zu erringen sei, da haben diese „christlichen Söhnen“ auch den Zeitpunkt für gekommen, für ihre, die „christlich gesinnten Arbeiter“, etwas tun zu müssen. Keiner war's nicht möglich.

Die Gelegenheit kam. Durch ein Schild, welches eines auten Morgens in der Habitu von Hand zu Hand ging, wurden alle christlich gesinnten Arbeiter zu einer Besprechung im Lokale des Herrn Conrads eingeladen. Bleibversprechend stand wortlich am dem Schild: „Der Arbeitersekreter Röhling wird erscheinen!“ Nun wurde dieses Schild aber nicht christlichen Arbeitern zur Unterschrift vorgelegt. Man hörte und sah. Es wurde den „drei Mal“ „Noten“ zum Unterzeichnen übergeben. Von den christlichen Herrn stand niemand daran, hat sich auch niemand unterzeichnet. Insgegenseitig fühlte die Behauptung des „Bergischen Volksfreundes“, es hätte sich nur um eine streng vertrauliche Besprechung der christlichen Textilarbeiter gehandelt, ganz fort. Und dann hatten ja die hiesigen Textilarbeiter ein Interesse daran, an der Besprechung teilzunehmen.

War es ihnen doch vergönnt, ihren früheren Mitarbeiter, den legtigen Gewerkschaftssekreter Röhling, noch einmal zu sehen. Denn es ist doch begreiflich, dass man jemanden, den man hat „kennt“ und „schätzt“ lernt, Abhängigkeit zuläßt. Also unsere Kollegen kamen nicht als ungebetene, sondern als eingeladene Gäste.

Allerdings war das Gesicht des Herrn Röhling gerade nicht sehr gehabt zu nennen, als er sich einer so großen Anzahl seiner Arbeitkollegen und -kolleginnen gegenüber sah. Viele hielten sich auch noch gar den „Hörtröhrl“ von Barmen verschieden. Da durfte es zu keiner Diskussion kommen. Also flog eine Ansrede!

Die Versammlung kann nicht abgehalten werden, denn sie ist nicht politisch angemeldet. Und dann hätte ich auch nicht geglaubt, dass „Euer“ so viele heute Abend gekommen wären! Darob allzeitige Verwunderung; so was kann einem so hellen Kopf, wie Röhling, passieren? Eine Versammlung abhalten und nicht anmelden? Er erklärte aber gleich darauf einsilbig: wir können uns ja gemäßig etwas unterhalten. In dieser Unterhaltung beteiligte sich auch Kollege Röhrlig aus Witten, Nordenbeck bemerkte, wurde die gemäßige Unterhaltung auch manchmal „ungeeignet“, nämlich für die Betroffenen, die es anging. Kollege Röhrlig sollte Röhling erklären, ob er sich mit dem „Schmäharbeiten gegen die Religion“ im Deutschen Textil-Arbeiter“ einverstanden erkläre. Röhrlig sagte: In den Minuten ist so viel Christen-

tu, mehr als ich vorher kannte und wollte. Und dann konnte man sich doch darüber heute Abend nicht auszutauschen; dies geschah besser in einer öffentlichen Versammlung. Sofort erklärte Röhling, eine solche von christlicher Seite einzuberufen mit „freier Diskussion“, und zwar auf Sonnabend den 20. August, abends 8 Uhr.

Der Sonnabend kam. Wer aber nicht kam, das war der christliche „Held“ Röhling. Unsere Kollegen halten vorzüglich auch eine Versammlung einberufen, welche denn auch am Sonnabend abgehalten wurde.

Wenn aber der Herr Röhling Anspruch darauf macht, dass seinem Wort in jüngerer Zeit noch geglaubt wird, dann muss er sein Versprechen einlösen und eine öffentliche Versammlung mit freier Diskussion abhalten.

Mitteilungen aus Fachkreisen.

Grimmischau. Einen in der gehässigsten Form gezeichneten Artikel leistet sich der „Grimmischauer Anzeiger“ in der Nr. 212 vom 11. September 1904 unter der Spitzname: „Nochmals die letzten Zehn“. Was will uns denn dieses Unternehmerorgan beweisen? Es spricht von einer Insasse. Eine viel größere Zukunft war es, als vor einem Jahre 8000 brave fleißige Arbeiter durch den Hunger preisgegeben wurden. Wo war da der „Grimmischauer Anzeiger“? In der gehässigsten Art und Weise wurden die Arbeiter in den Tod gezogen. Eine ganze Reihe in das Proletariat herunter gedrückter Fabrikanten waren gezwungen, Arbeiterschroschen als Streitunterstützung anzunehmen. Sogar Söhne schägiger Fabrikanten haben sich nicht gescheut, Unterstützung anzunehmen. Und das alles waren Folgen der Ausperrung! Wenn der „Grimmischauer Anzeiger“ weiß, in welcher Notlage die Arbeiter geraten sind, warum verwendet er sich nicht für sie? Warum appelliert er nicht an das Menschheitsgefühl der Fabrikanten? Jeder ausständige Mensch sieht den Zweck der scheinbaren Verteilung des „Anzeigers“. Die Arbeiter werden höchstens die Konsequenz aus der Handlungswelt des „Anzeigers“ ziehen.

Neunkirchen. (Zur Zehn Stundenbewegung.) Am Sonntagabend lagt am Freitag abend eine von reichlich 1200 Personen beiderlei Geschlechts besuchte öffentliche Textilarbeiterversammlung, um das Antwortschreiben des Fabrikantenvereins bezüglich der Forderung des zehnständigen Arbeitsstages einzugehen zu nehmen. Unter großer Spannung der Anwesenden verlas der Vorsitzende das Schreiben des Fabrikantenvereins, das folgendermaßen lautete: „Aus Ihr gefälliges Schreiben vom vorigen Monat teilen wir Ihnen mit, daß wir zu Zeit nicht in der Lage sind, Ihren Wünsche entsprechen zu können. Der Vorstand des Fabrikantenvereins d. T., Karl Barthrau.“ Diejenigen, die geglaubt hatten, daß die Fabrikanten sich doch zu einigen Zugeständnissen bereit erklärt hätten, waren natürlich über diese Antwort sehr erstaunt. Da Camp-Münster vom Christlichen Verband nicht erschienen war, referierte der Vorsitzende des Deutschen Verbandes, Hirsch-Berlin, allein über die nun einzustellenden Schritte. In kurzer klarer Weise wies der Redner nach, daß die Verkürzung der Arbeitszeit eine Notwendigkeit ist und daß die zehnständige Arbeitszeit in der Textilindustrie zur Zeit sehr gut durchführbar sei. Nachdem diese Ausschüttungen noch von einem Mitgliede des Christlichen Verbandes ergänzt worden waren, gelangte folgende Resolution einstimmig zur Annahme: „Die heute im „Konventgarten“ tagende, von mehr als 1200 Personen besuchte öffentliche Textilarbeiterversammlung nimmt Kenntnis von dem Antwortschreiben des Fabrikantenvereins vom 1. September 1904 und bedauert die ablehnende Haltung derselben. Die Versammlung ist der Ansicht, daß die Einführung der zehnständigen Arbeitszeit für die Textilindustrie zur Zeit durchführbar ist. Da in dem Antwortschreiben des Fabrikantenvereins angeführt wird, daß zur Zeit die Einführung des zehnständigen Arbeitsstages nicht möglich sei, so beantragt die Versammlung die Vorsitzenden des Christlichen und Deutschen Textilarbeiterverbandes unter Hinziehung des Zentralvorsitzenden Hirsch, nochmals zwecks Schlichtung der Differenzen auf gütlichem Wege persönlich bei dem Fabrikantenverein vorstellig zu werden. Die Beauftragten haben in einer demnächst einzuberuhenden Versammlung Bericht zu erstatten.“

Fosamentierer-Bewegung.

Halle a. S. Anwiesern die Arbeitgeber gewillt sind, zu berücksichtigen, was sie im vorigen Jahre auf dem Leipziger Kongreß beschlossen haben; sich mit den Gehältern auf friedlicher Weise im Streitfall zu einigen, jetzt ist Firma Fischbeck & Fröhlich. In den meisten deutschen Städten herrscht die 9 bis 9½ständige Arbeitszeit, bei genannter Firma aber die 10½ständige. Sonnabend den 10. d. M. wurden die Kollegen um Einführung der 1½ständigen Mittagspause und der 10½ständigen Arbeitszeit vorstellig; man wies sie jedoch kurzer Hand ab. Der Lohn läßt auch zu wünschen übrig, er beträgt 18 bis 22 M. Von vier Kollegen haben drei die Kündigung eingereicht. Die auswärtigen Kollegen werden erachtet, den hiesigen Kollegen die weitestgehende Solidarität zu bezeigen.

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

In der Gardinenfabrik Leopold Ostar Hartenstein in Plauen i. V. legten alle dort beschäftigten Leviererinnen die Arbeit nieder, weil ihnen eine indirekte Lohnreduzierung in Form von Abzügen für angebliche Fehler zugedacht war. Sie hatten Rückgrat genug, diese festzulegen und abzuweisen. Die Weber genannter Firma mögen sich eine Lehre daraus ziehen. Was stimmt sich die Unternehmerhumanität darum, ob ihr zehn Jahre oder noch länger im Betriebe beschäftigt sind? Müssten nicht auch die Wiederverkäufer die Fabrik verlassen, als es im Interesse des Geschäfts lag, die Gardinen auswärts wechseln zu lassen, trotzdem manche beinahe ein halbes Menschenalter für die Firma gearbeitet hatten? Wer da glaubt, daß ein Unternehmer den Arbeitern dafür dankt, daß sie die Organisation verlassen haben, ist auf dem Holzweg. Nur noch eine Parole gibt es für die Arbeit: Sinein in die Organisation.

Streit bei der Firma Robertanger u. Söhne in Deutsch-Riebau. Die Firma Renger u. Söhne im Deutsch-Riebau hatte Forderungen ihrer Arbeiterschaft abgelehnt. Aus dieser Ursache fand leichtlich eine Versammlung statt, in der die Fabrikarbeiter in geheimer Abstimmung den Beschluss faßten, Montag den 5. Sept. in den Streit zu treten, falls bis zum 3. September keine Einigung zu stande gekommen. Die Hausarbeiter dieser Firma faßten in einer separaten Versammlung denselben Beschluss. Die Firma Renger hatte nun zwischen Krieg und Frieden zu wählen und sie entschied sich den ersten. Am 5. September ist von sämtlichen Arbeitern und Arbeiterninnen — Webern, Spulern, Schweißern und Näherinnen, 200 an der Zahl — die Arbeit niedergelegt worden. Auch haben die Hausarbeiter ebenfalls die Arbeit niedergelegt. Zugang ist strengstens zu vermeiden.

Streit in Unterwaltersdorf. Infolge der Entlassung von Arbeitern ist am 5. September in der Seidenfabrik der Firma Johann Schwarz u. Söhne in Unterwaltersdorf (N.-Osterr.) ein Streit ausgebrochen. — Zugang ist zu untersagen.

Auch bei der Firma Wessenstein & Winteritz in Wilschwörth im Oesterreichischen ist ein Streit ausgebrochen. Da die Firma bestrebt ist, auswärts Textilarbeiter und Arbeiterninnen zu gewinnen, sei vor Arbeitsernahme gewarnt.

Im Fall River-District (Nordamerika) ist vor vier Wochen ein großer Ausstand der Baumwollweber ausgebrochen, der noch ungeschwächt fortduckt. Nach einem Unternehmerblatt, der „Textizitung“, haben sich die Fabrikanten darauf vorbereitet, bis Ende Oktober die Fabriken gesperrt zu halten. „Einige denten nicht daran, die Fabriken früher zu öffnen, sobald wenn die Arbeiter des Streitens müde werden und zur Arbeit zurückkehren sollten.“ Die Unternehmer haben also — durch eine ganz ungerechtfertigte Lohnreduktion um 12½% — den Streit vom Zaune gebrochen, sodoch sich dieser bei weiterem Zusehen als eine verdeckte Kurspfeilektik entpuppt. Man kann ohne Übertreibung sagen, daß die 26000 Arbeiter der 51 Fabriken in den Ausland getrieben wurden. Dieser Unrat scheint auch die

„Wolle- und Leinen-Industrie“, ein Unternehmerblatt, zu sein; sie schreibt:

„Es ist durchaus nicht unmöglich, daß sie (die Unternehmer) — auch sie haben seit kurzem eine Vereinigung gebildet — den Streit wünschen, um die Fabriken schleifen und ihren Kunden gegenüber sich auf die „Streitklausel“ in den Kontrakten zu befreien zu können. Nach einer vom „Journal of Commerce“ veröffentlichten Enquête betrug jetzt — kurz vor dem Streit — die Betriebsbeschränkung in Fall River 40%, und in der ganzen Saison, das heißt vom März bis jetzt, 35—38%. Für ganz Neengland wird die Einschränkung auf 15—20 und für den Süden auf 15% gesetzt. Danach werden wohl die Textilarbeiter rechnen, wenn sie erklären, sie seien am Existenzminimum angelangt und könnten eine weitere Lohnreduktion nicht ertragen.“

Ein sehr charakteristisches Urteil von einem Unternehmerblatt. Allerdings handelt sich's um amerikanische Textilarbeiter.

Wie sehr aber die Arbeiter mit ihrem Widerstand im Recht sind, zeigt folgende Stelle des Berichts der „Textizitung“:

„Die Fabrikanten berechnen ihren Gesamtverlust durch den Streit für Honorare und Saläre an festangestellte Beamte, Ingenieure, Werkmeister usw., ferner für Steuern, Zinsbelastungen, Pfostenprämien und ähnliche Leistungen aufs Jahr 10.000 Dollars pro Woche, einschließlich auch einiger Verluste für nicht kontraktliche Lieferungen. Dabei ist aber ihre finanzielle Situation eine vollständig gute; denn trog des mertlichen Verdänges in der Produktion wie im Absatz, so ist er erhöhter Preise des Rohmaterials haben die 51 Fabriken im letzten Jahre (1. Juli 1903 — 1. Juli 1904) 1349.850 Dollars, d. i. 6,5% an Dividenden bezahlt. Nebenamt haben in den letzten 15 Jahren sich alle Baumwollfabriken ziemlich kraftig gezeigt, was aus einer Zusammenstellung der von Ihnen durchschnittlich bezahlten Dividenden zu erkennen ist. Diese Durchschnittsdividende betrug im Jahre 1889 9,46%, 1890 6,0%, 1891 5,6%, 1892 8,3%, 1893 7,1%, 1894 5,2%, 1895 7,9%, 1896 6,4%, 1897 4,8%, 1898 2,4%, 1899 5%, 1900 8%, 1901 5,5% und 1902 6,8%.

Diese Ausschüttungen geschahen, obgleich alle Fabriken durchaus mit neuen Maschinen ausgestattet wurden und einige auch neue Fabrikengebäude erhielten; offenbar wird auch nur ein Teil des Gewinns zur Zahlung der Dividenden verwendet werden sein. Die erfolgreichste aller dieser Fabriken, die Troy Mills Co., hat nach einer zwar nicht offiziellen aber durchaus verlässlichen Zusammenstellung im Laufe der letzten 15 Jahre zusammen 207%, also durchschnittlich pro Jahr 20.48% bezahlt, hat also den Aktionären das Aktienkapital per 100.000 Dollars bereits dreimal zugeteilt. Auch die Union Mills hat seit ihrer Organisation 21,1% das sind durchschnittlich 14,3% Dividenden bezahlt, und verzögert über einen Reservesfonds von 250.000 Dollars. Aber auch andre Fabriken, so die Wright Mills, die Seacourt Mills haben bisher stets Dividenden von 6, 7, 8, 9% und auch mehr bezahlt und verzögert alle über grösse Reservesfonds, die sie in stand setzen, einige Monate leicht auszuhalten.“

Den Aktionären der einen in Frage kommenden Fabriken kommt also ihr eingelegtes Kapital bereits dreimal zurückgezahlt werden, den Arbeitern möchte man aber im November vorigen Jahres eine Lohnreduktion von 10% und im August dieses Jahres schon wieder eine solche von 12½%. Und das geschieht in einem Erdteil, wo man die höchsten Ansprüche an die Arbeitskraft stellt und wo die Arbeit zum Teil so geohrt wird, daß man zu ihrer Würdigung und Ehre einen besonderen Feiertag eingesetzt hat. Man sieht, das Kapital ist überall gleich stark dabei, den Arbeitern die Wahrsinnigkeit der Geldherrschaft zu demonstrieren.

Gewerkschaftliches.

Für die ausgesperrten Textilarbeiter Grimmischau sind in Chemnitz allein auf Kosten 18.527,25 M. gesammelt worden. In dieser Summe sind sonstige Gaben nicht mit einbezogen. Es ist darüber schon früher berichtet worden.

Der Klüste deutsche Gewerkschaftskongress wird nach einem Beschuß des Gewerkschafts-Ausschusses in der Woche vom 22. Mai 1905 in Köln a. R. abgehalten werden.

Der lebhafte internationale Textilarbeiter-Kongress findet, wie bekannt, gleichfalls im Jahre 1905, und zwar in Mailand statt.

Der Baumwollarbeiterbund „De Gondraht“ und der Allgemeine Niederländische Textilarbeiterbund haben sich zu einer Organisation vereinigt, die den Namen führt: Alg. Ned. Bond van Textilarbeiders „De Gondraht“.

Eine Arbeiterorganisation, die sich bewährt, wie sie sich wünschen, wollen die sächsischen Industrieproben der Textilbranche gründen. Bürgerliche Blätter müssen zu berichten: „Schließlich dem rheinisch-westfälischen christlichen Textilarbeiterverband soll für die Textizentren Gera-Greiz, Glanau, Meerane und die vogtländischen Orte Weisbach, Neßlau, Wohlau und Plauen ein christlicher Arbeiterverband begründet werden, da sich der erstgenannte Verband bewährt hat. Der rheinische Verband soll dann als Zentrale gelten, der sich der neue Verband anschließen wird.“

Die Unternehmer brauchen nur zu wollen, dann wird eine solche Organisation auch gegründet werden. Von dem Willen der Kapitalisten hängt es aber nicht ab, wie viele Arbeiter sich derselben anschließen. Sachsen ist ein anderer Boden, als das Rheinland. Ein kleines Heer von Kapitänen steht bei mir im Lande nicht bereit zur Wahrnehmung der Unternehmerinteressen. Die Herren Pastoren aber bringen keine großen Arbeitervereinigungen zu statten, sondern müssen zufrieden sein, daß sie in ihren Kirchen noch ein paar Worte zu hören bekommen. Dazu ist bei uns die Arbeiterbewegung zu alt, als daß selbst unorganisierte Arbeiter blindlings in Garne laufen, die ihnen ihre Ansiederstellen lassen wollten.

Der 27. englische Gewerkschafts-Kongress wurde vorige Woche in London abgehalten. Der Kongress nahm unter anderem eine Resolution zu Gunsten des Freihandels an, in der es heißt, daß nach Meinung des Kongresses ein Abwenden von den Prinzipien des Freihandels den Interessen der arbeitenden Klassen im höchsten Grade schädlich sei, der Schuhholtfrage dazu sei, die notwendigsten Lebensmittel zu verteuern, und hindere auch den Fortschritt zu internationalem Frieden. Nur etwa 1/2 Dutzend Delegierte stimmten wider diese Resolution. — Daß sie bekannte Geringfügigkeit in den Kreisen der englischen Traditionellen gegenüber der gewerkschaftlichen Bewegung anderer Länder zum eigenen Nachteil der Engländer noch immer fortdauert, beweist die Abstimmung einer Resolution mit 246 gegen 88 Stimmen, in welcher das Parlamentarische Komitee aufgefordert wird, zu allen ausländischen Arbeiterorganisationen Vertreter zu entsenden und solche auch zu den englischen Kongressen einzuladen. Der Kongress erklärt sich in einer Resolution gegen den sozialistischen Weltarbeiterdienst, wie ihn die östl. russische Ministralkommission in Vorschlag gebracht hat. Im weiteren verlangt er eine Abdankung der hohen Konsulschaftsgebühren, damit auch Arbeiter das englische Staatsbürgersrecht erwerben könnten. Gegenanfang angemessen wurde eine Resolution, in welcher die Regierung aufgefordert wird, ein Aller-Wohlfahrtsgebot vorzulegen, nach welchem alle Bürger (Männer und Frauen) nach zwanzigjährigem Alter Lebensrente eines Staatspensions vom Mindeste 12 Schilling pro Woche erhalten sollen. Es folgten eine Reihe Beschlüsse, die ein dem Gehalte des Sozialstaates und der sozialen Fürsorge liegen. So wird eine

bessere Fürsorge für die Blinden gefordert: 1. durch Errichtung von nationalen und kommunalen Werkstätten mit Garantie, daß dort auch ausländische Löhne gezahlt werden; 2. durch Errichtung technischer Schulen für begabte Blinde, um diese möglichst selbstständig zu machen; 3. durch Zahlung ausreichender Unterstützung an minderbehinderte Blinde. Ferner wurde durch Annahme einer Anzahl Resolutionen bessere Bau- und Fabrikinspektion, Anstellung einer größeren Anzahl von Inspektoren sowie der gesetzliche Arbeitsschutztag gefordert. Auch wurde eine Verminderung der Sonntagsarbeit im Handelsgewerbe und eine für alle Geschäfte gleiche Ladenschlußstunde gefordert.

Soziales.

Die Genossenschafts-Zigarrenfabrik „Helvetia“ in Burg bei Meiningen (Mergen) hat beschlossen, die achtständige Arbeitszeit für ihre Arbeitervielen einzuführen.

Unfallrente für Hilflose. Der Töpfer Nowak hatte in Kiel auf einem Neubau einen Betriebsunfall erlitten, der ihn auf schwere Schädigungen. Er war abgestürzt, wobei am meisten die Beine gelitten hatten. Er erhielt von der Baugewerbe-Berufsgenossenschaft mit 1080 M. eine Hilfslösenrente in Höhe von 80 Prozent des Jahresarbeitsverdienstes, das heißt 13½ Prozent mehr, als die gewöhnliche Vollrente für Unfallverletzte ausmacht. Die Berufsgenossenschaft erkannte an, daß er nicht vollständig erwerbsfähig, sondern auch zum Teil „hilflos“ im Sinne der neuen Gesetzgebung sei.

Nowak legte Berufung ein und verlangte wegen vollendetes Hilflosigkeit eine Rente in voller Höhe seines Jahresarbeitsverdienstes. Das Schiedsgericht in Kiel verwarf jedoch die Berufung. Es erachtet das der Berufsgenossenschaft von Dr. Müller erzielte Gutachten für entscheidend und war der Meinung, daß die Hilflosigkeit des Klägers durch die Erhöhung seiner Vollrente von 80% auf 100% des Jahresarbeitsverdienstes auf 80 Prozent desselben angenommen berücksichtigt sei. Anderswo hat sich das Schiedsgericht der Begründung der Berufsgenossenschaft nicht angeschlossen. In der Bezeichnung führte das Schiedsgericht aus: „Die Hilfslösenrente verpflichtet den Kläger nicht, sich auf eigene Kosten, wenn auch mit Hilfe der Ehefrau, einer Heilbehandlung zu unterziehen, und noch weniger werde eine Verpflichtung der Ehefrau gegenüber der Verletzten dadurch begründet. Die Ausführung von Massage und Pflege, welche durch Hilfslösenrente gehörten nicht zu der Wartung und Pflege, welche durch Hilflosigkeit bedingt werde. Diese habe sich der Kläger, durch wen immer mit Hilfe der Hilfslösenrente selbst zu besorgen. Die Heilbehandlung bleibt aber, inweite sie nötig, daneben Sache der Berufsgenossenschaft. Falls diese sich dabei der Ehefrau bedienen wollte, habe sie sich mit ihr darüber zu einigen.“ Nowak legte darauf beim Reichsversicherungsamt Meiningen ein, welchen der Reichsarbeitersekretär Robert Schmid vor dem verhandelnden Senat vertrat. Es wurde befunden, daß Kläger so hilflos sei, wie man es sich schlimmer nicht denken kann. Es komme ihm fraglos die Hilfslösenrente von 100 Prozent des Jahresarbeitsverdienstes zu. Zum Beweise dafür wurde ein Gutachten des Dr. Raben beigebracht. Darin wird ausgeführt: Die Hilfslösenrente ist eine Rente in voller Höhe seines Jahresarbeitsverdienstes.

Das Schiedsgericht in Kiel verwarf jedoch die Berufung. Es erachtet das der Berufsgenossenschaft von Dr. Müller erzielte Gutachten für entscheidend und war der Meinung, daß die Hilflosigkeit des Klägers durch die Erhöhung seiner Vollrente von 80% auf 100% des Jahresarbeitsverdienstes auf 80 Prozent desselben angenommen berücksichtigt sei. Anderswo hat sich das Schiedsgericht der Begründung der Berufsgenossenschaft nicht angeschlossen. In der Bezeichnung führte das Schiedsgericht aus: „Die Hilfslösenrente verpflichtet den Kläger nicht, sich auf eigene Kosten, wenn auch mit Hilfe der Ehefrau, einer Heilbehandlung zu unterziehen, und noch weniger werde eine Verpflichtung der Ehefrau gegenüber der Verletzten dadurch begründet. Die Ausführung von Massage und Pflege, welche durch Hilfslösenrente gehörten nicht zu der Wartung und Pflege, welche durch Hilflosigkeit bedingt werde. Diese habe sich der Kläger, durch wen immer mit Hilfe der Hilfslösenrente selbst zu besorgen. Die Heilbehandlung bleibt aber, inweite sie nötig, daneben Sache der Berufsgenossenschaft. Falls diese sich dabei der Ehefrau bedienen wollte, habe sie sich mit ihr darüber zu einigen.“ Nowak legte darauf beim Reichsversicherungsamt Meiningen ein, welchen der Reichsarbeitersekretär Robert Schmid vor dem verhandelnden Senat vertrat. Es wurde befunden, daß Kläger so hilflos sei, wie man es sich schlimmer nicht denken kann. Es komme ihm fraglos die Hilfslösenrente von 100 Prozent des Jahresarbeitsverdienstes zu. Zum Beweise dafür wurde ein Gutachten des Dr. Raben beigebracht. Darin wird ausgeführt: Die Hilfslösenrente ist eine Rente in voller Höhe seines Jahresarbeitsverdienstes.

Der Kläger legte eine Klage ein, daß Nowak nicht seine 180 Pfund schweren Hosen ausführen und verlassen; er kann sich nicht selbst an und ausleben. Ohne Hilfe kann er die notwendigsten Bedürfnisse, so Darmreinigungen, nicht verrichten. Die Gebrauchs-fähigkeit der Beine hat gleich Null. Bei dem dauernden Sitzen habe sich Stuhlrückigkeit herausgebildet, so daß Abschirmmittel anzuwenden seien, nach deren Einnahme unbedingt eine Person bei Nowak bleiben müsse, bis er seine Notdurft verrichtet habe. Die Zeitspanne sei dabei oft recht lang und vorher unberechenbar. Dann sei noch zu bemerken, daß Nowak ohne Gefahr nie allein gelassen werden könnte, zum Beispiel wenn ein Brand ausläuft, könnte er selber sich unmöglich retten. Für Nowak Allgemeinbedürfnisse nötig wäre es, wenn er sich Bewegung verschaffen könnte. Nur mit Unterstützung von einer oder zwei Personen und unter Aufsichtnahme von Krüppeln wäre dies möglich. Es müsse vermieden werden, daß Nowak auch nur zeitweilig allein gelassen werden könnte. Das Reichsversicherungsamt, dem Reichsrat Hilfsgesetz vorschafft, hat das Schiedsgerichtsurteil auf und verurteilt die Berufsgenossenschaft, Nowak 100 Prozent des Jahresarbeitsverdienstes als Hilfslösenrente zu gewähren.

Der Entwurf zu einem Bleiweißgesetz ist veröffentlicht worden.

Es trifft in erster Linie das Malergewerbe. Den Arbeitern dieses Gewerbes wird unterstellt, während der Arbeit zu räumen, zu prahlen oder zu schnuppern, in den Arbeitskleidern zu essen, Bratwurstwien an die Arbeitsstellen bringen zu lassen; das Trinken ist selbstsamerweise nicht verboten. Die organisierten Arbeiter werden sich diesen etwas harren und unbedeckten Bestimmungen folgen, bei den indifferenzen Arbeitern, die besonders der Bleiweißgefahr sehr gleichgültig gegenüberstehen, wird diese Neuerung, falls sie Geheil wird, allerdings etwas Wirren erregen.

Sind das die einzigen Vorschriften, die die Arbeiter selbst breiten, so werden sich die übrigen Paragraphen in besonderer Reichshaltigkeit und Rücksichtslosigkeit gegen die Arbeitgeber. Da sind hierbei die Unterlagen aus der sehr reichhaltigen und in technischer Beziehung vortrefflich begründeten Petition des Zentralverbands der Maler benutzt worden, man hat sich aber auch an das französische Gesetz betri. Bleiweißverwendung vom August vorligen Jahres gehalten. Die wichtigsten dieser Bestimmungen sind, daß das Anreden von Bleiweiß im Handbetrieb ganz verboten, das Anreden der Bleiweißfarben nur in kleinen Mengen und nicht von Personen unter 18 Jahren vorgenommen werden darf, daß dabei jeder Staub und jede Verbindung mit der Hand vermieden werden muss. Die trockne Bearbeitung von Bleiweißfarben (Abgleichen, Abdünnen usw.) nach unterliegenden Gegenständen sind anzusehen. Der Arbeitgeber hat dafür zu sorgen, daß die Arbeiter, die mit Bleiweiß beschäftigt werden, zweimalig, vollständig, deckende Arbeitsanzüge und Mützen tragen. Er hat ihnen in Kleidungs- und Werkstätten einen sauberen, im Winter holzbaren Raum mit Wasser, Bleichen, saugfähiger Seife und Handtüchern sowie Vorrichtungen zum Auswaschen der Kleidungsstücke zur Verfügung zu stellen. Der Arbeitgeber hat ferner seine Arbeiter über die Bleiweißverungsgefahr zu belehren, darf als Bleiweiß ver

ganges mit Bleisäben gar zu auffällig zeigen, so erhält er einen kleinen Arbeit, weil er in besonderen Fällen geführt wird und weil natürlich niemand für ihn haften will.

Das ist gewiss sehr hart gegen die Malermeister, deren Gewerbe bis jetzt in fast paradiesischer Harmlosigkeit ausgeübt wurde, höchstens das es die Unfallverhütungsvorschriften zu beachten galt. So kommt das Bleiweißgesetz — falls es Gesetz wird — einem Bleiweißverbot, das jene Petition der Malerorganisation erstrebt, ziemlich nahe, und es wäre auch hier wieder der Nutzen der gewerkschaftlichen Organisation klargestellt.

Müssen die Krankentassen den Unfallverlehrten 26 Wochen lang die Krankenunterstützung gewähren? Seit der Gesetzesänderung, dass die Krankentassen die Pflicht haben, statt 13 Wochen mindestens 26 Wochen lang Unterstützungen zu leisten, will diese Frage nicht zur Ruhe kommen. Der Wille des Gesetzgebers war doch, dass der Anspruch an die Invaliden- oder Unfallrente ein lückenloser sei soll, da früher die Mehrzahl der Krankentassen nur 13 Wochen Unterstützung gewährten und dann chronischkrank Arbeiter und Unfallverlehrte ihrem Schicksal überließen. Trotzdem gibt es Kassenverwaltungen, die sich auf den Standpunkt stellen, dass ja das Unfallversicherungsgesetz bestimmt, dass ab 14. Unfallwoche die Berufsgenossenschaften die Fürsorge des Verlehrten zu übernehmen hätten, folglich könnte man da die Unterstützung seitens der Kasse einstellen. Velder geschieht dies sehr oft und stehen die Verlehrten dann mittellos da, warten geduldig oder ungeduldig auf ihre Unfallrente. Macht man den Kassen darüber Vorhalt, dann führen sie sich auf den weiteren Einwand, dass ja alle über die 13. Unfallwoche bezahlten Unterstützungen halb verloren wären, da doch nach § 25 des Gewerbeunfallgesetzes nur die Hälfte von höchstens 3 Monatarenten den Krankentassen von den Berufsgenossenschaften erstattet würden. Es war aber doch nicht der Wille des Gesetzgebers, dass Unfallverlehrte doppelt Unterstützung erhalten sollen, wie auch den Hinterbliebenen keine doppelten Ansprüche an Sterbegeld bei Unfällen zustehen. Erhält der Verlehrte über die 13. Unfallwoche hinaus Krankenunterstützung, weil der Unfall selbst noch nicht von der Berufsgenossenschaft "ermittelt" wurde, so kann dies doch nur ein Vorschuss auf die zu erwartende Rente sein, und wird sich jeder denkende Arbeiter diesen Vorschuss auch von der Kasse später abziehen lassen, damit die Krankentasse wieder zu ihren Auslagen kommt, für die sie doch gar keine Ansprüche bekommt. Die Krankentassen sollen deshalb auch über die 13. Unfallwoche die Unterstήlung solange zahlen, bis die Berufsgenossenschaft selbst eintritt oder die 26. Woche erreicht ist. Wäre es anders, so würden die Verlehrten schwer geschädigt. Danach die Erwerbsunfähigkeit über die 13. Woche, dann sollen die Verlehrten gegen die Rentenentscheidende Berufung einlegen, die in vielen Fällen ab 14. Woche nur eine Teilrente feststellt, da man auf das Alter des "behinderten Arztes" seitens der Berufsgenossenschaft kein Gewicht legen will. Bei doppelter Unterstützung würden aber viele Verlehrte dies unterlassen und der Berufsgenossenschaft einen großen Gefallen tun. Etwas anderes ist es, wenn neben der Unfallverlehrung noch ein anderes Leiden besteht, zum Beispiel Lungenerkrankungen, das mit dem Unfall nicht im Zusammenhang steht, doch über die Woche 13. hinaus Erwerbsunfähigkeit bedingt.

Wichtig für vermeintliche Unfallverlehrte ist, dass sie zwischen Betriebskrankheit und Betriebsunfall scharf unterscheiden. Eine allmählich entstandene Berufskrankheit gilt nicht als entschädigungspflichtiger Unfall. Bei Unfallansprüchen kommt es auf die kürzliche, die zeitliche Begrenzung einer bestimmten Einwirkung auf den Körper an und dass diese sich nachweisen lässt. Sie gehört zum Begriff des Unfalls. Schädigungen durch langsame Einwirkung schwerer und besonders geprägter Arbeit gelten als Betriebskrankheiten, nicht als Folgen entschädigungspflichtiger Betriebsunfälle. Für sie gibt es keine Unfallrente. Für die Entschädigungspflicht der Berufsgenossenschaften und Krankentassen wichtig ist ein Bescheid des Reichsversicherungsamts. Darin wird ausgeschaut, ob die leichte Rente zum Krankenversicherungsgesetz mit der obligatorischen Ausführung der Unterstützungs pflicht bis zu 26 Wochen nicht bestanden habe, die Krankentassen zu Gunsten der Berufsgenossenschaften zu belasten, etwa durch Überzahlung eines Teiles der Entschädigungslast aus Unfällen für die Zeit nach Beginn der 4. Woche seit dem Unfall. Weiter heißt es: "Die Berufsgenossenschaften haben daher von Beginn der 14. Woche an nach wie vor in einer Stelle auf Grund der Unfall-Versicherungsgesetze die Fürsorge und Entschädigung für Unfallverlehrte zu leisten, ohne dass sich ihnen freistellt, von einem Eintritt aus irgendwelchen Gründen der Fall des § 11 Absatz 1 des Gewerbe-Unfallgesetzes bildet keine Ausnahme von diesem Grundsatz abzusehen und dadurch mittelbar auch unter Umständen zu Lasten der Krankentassen einen Vermögensverlust durch Ersparnis von Ausgaben zu sichern." Allerdings und auch die Krankentassen nicht mehr befugt, Unfallverlehrte lediglich unter Schwels auf die Leistungspflicht der Unfallversicherungsgesetze vor Beginn der 14. Woche nach dem Unfall an im Falle etwaiger Absehung dieser Organe ohne Fürsorge zu lassen."

Gerichtliches.

Ein unternehmerfreundliches Urteil hat das Gewerbegericht Neutlingen gefällt. Eine Anzahl der bei der Firma Wagner beschäftigt gewesenen Arbeiter hatte gegen den Inhaber der Firma, kurz, vor obengenanntem Gericht Klage angestrengt auf Herausgabe eines juristisch behaltenen Teiles (in der Höhe von 16,80 M.) der vom Arbeitgeber eingeschalteten Raublau. Der Verklagte verteidigte die Herausgabe, weil die Kläger "kontraktbrüchig" waren. Die Kläger hielten am 20. Juli 1901 mittels eingeholten Briefes das Arbeitsverhältnis gelöscht, der Brief lange nachmittags in die Hände des Arbeitgebers, die Annahme desselben wurde aber verwirkt, da auf dem Kuvert der Deutsche Metallarbeiterverband als Absender verzeichnet war. In den Abendstunden ließ nun die Firma folgende Bekanntmachung der Faust anschlagen:

"Um jedem Verständnis vorzubeugen, mache ich bekannt, dass ich dem Vertreter des Metallarbeiterverbandes wiedergekehrt habe, dass ich jede Verhandlung mit demselben abschne, auch wandere alle Schriftstücke von dort ungelesen in den Papierkorb oder gehen zurück. Dagegen steht in allen Angelegenheiten meinen Arbeitern der Weg zum Rontor immer offen." Neutlingen, 20. Juli 1901. Herrenmann Wagner.

Dass ihr Brief nicht angenommen wurde, erfuhren die Arbeiter erst am 20. resp. 21. Juli. Sie stellten nun gemeinschaftlich dem Reklamanten am Montag den 1. August mit, dass sie zur rechten Zeit gelöscht hätten und nach Abschluss der Ablösungszeit gehen werden. Von dieser Tatsache erwähnt der im Urteil aufgetretene Sachverständige keine Silbe, auch davon nicht, dass die Firma einen Tag vor Ablösung der Ablösungszeit die Arbeiter fragen ließ, "ob denn wirklich gehen wolltest", und als dies bestätigt wurde, erfuhr: "Ja, dann werden eben eben 16 M. 80 Pfg. wegen kontraktbrüchig abgezogen." Das Gewerbegericht Neutlingen wies die Kläger mit ihrer Klage ab und begründete das Urteil unter anderem mit folgenden logischen Ausführungen:

"... alle diese Thesen stehen abweichen. Das einem Arbeitgeber nicht ausgemacht werden kann, kann bei Rechtsgleichen mit seinen Arbeitern mit breiten Beteiligten zu verhandeln ist so selbstverständlich,

dass es darüber weiterer Ausführungen nicht bedarf." Dieser Satz zeigt, wie sich in den Köpfen mancher Gewerbe gerichtsvorliegenden heutzutage noch die Arbeiterbewegung spiegelt.

Wirtschaftliches.

Der Wirtschaftlichen Mundschau Max Schippels entnehmen wir folgende Einzelheiten: Trotz der durch den andauernden Schiffahrtskrieg verbliebenen Überfahrt holt der Schiffsverkehr in Amerika die Auswanderung weiter an. In den ersten sieben Monaten dieses Jahres, für die nunmehr die deutsche Statistik vorsteht, sind 16.195 Deutsche ausgewandert gegen 21.931 und 18.005 im gleichen Zeitraum der Jahre 1900 und 1902. Von diesen Auswanderern gingen 8630 (1900 9229) über Bremen, 4910 (7138) über Hamburg und 2035 (5187) über fremde Häfen. Bei endgültiger Feststellung dürfte sich die Auswanderung über fremde Häfen noch um etwa 100 erhöhen, sodass im ganzen 17.000 Personen ausgewandert sind, d. h. 4650 weniger als im gleichen Zeitraum des Vorjahrs. Mit der deutschen Auswanderung ist auch die fremde Staatsangehörige über deutsche Häfen zurückgegangen. Seit Beginn des laufenden Jahres sind über deutsche Häfen 126.937 (1903 165.033) Angehörige fremder Staaten befördert, darunter 61.381 (95.447) über Bremen und 62.356 (69.586) über Hamburg. Die gesamte Auswanderung einschließlich der deutschen Auswanderer ist hierauf gegenüber dem Vorjahr von 104.776 auf 73.201, also um 31.575 oder 30 vom Hundert, die über Hamburg von 70.721 auf 47.206, also um 34.28 oder 31 vom Hundert zurückgegangen.

Das Arbeitsdepartement im englischen Handelsamt veröffentlicht

jedoch einen Bericht über Renditionen von Fabriken und Arbeitszeiten im Jahre 1903. Danach war auch 1903 kein gutes Jahr für die englischen Arbeiter. Im ganzen zeigte sich noch immer ein überwiegender Lohnrückgang, wenn auch nicht von besonderer Bedeutung und wesentlich geringer wie die beiden vorangegangenen Depressionsjahre 1902 und 1901. In der Kohlen-, Eisen-, Stahlproduktion, im Maschinen- und Schlüsselbau, in der Glassindustrie waren noch immer Lohnrückgänge zu verzeichnen. Dazu tritt die Einschränkung der Textilbetriebe, die, wenn ich den vorliegenden Auszug richtig beurteile, in der offiziellen Statistik nicht mit angegeben ist, weil die "Rate des Vohnes" gleich blieb. In den Arbeitszeiten zeigte sich 1903 fast gar keine Veränderung; als letztere einztrat, handelte es sich stets um eine Arbeitszeitverkürzung.

Der englische Arbeitsmarkt zeigte im Juli gleichfalls nochmals eine

Zunahme der Beschäftigungslosen, sowohl gegen den Vormonat

Juni wie gegen den Juli des Vorjahrs.

Technisches.

Strümpfe mit nur einer Naht. Von der Chemnitzer Wirtschaftsmaschinen-Fabrik vorm. Schubert & Salzer in Chemnitz (D. R. Patent Nr. 152.900). Das vorliegende Verfahren, welches auf die Herstellung von Strümpfen mit einer elytischen Nähre unter Bildung eines flachen Warenstücks abzielt, ohne einzelne Maschteile vom Webstuhl abzuprennen, beziehungsweise auf dessen Nadeln anstoßen zu müssen, kann ausgesetzt werden, ohne dass besondere Hilfsvorrichtungen, wie Steckdecke, zur Verwendung gelangen. Nachdem in gewöhnlicher Weise der Vängentell mit einem Habenführer gearbeitet hat und zur Bildung des Fertigstücks aus zwei Zwischen zwei Habenführern in Arbeitsstellung gebracht sind, werden die Maschen der zweiten Angabe des Webstuhls in Tätigkeit tretenden Webnadeln nach jeder zweiten Reihe um eine Nadel nach außen gelegt. Auf die hierbei leer gewordnen Nadeln wird ein Henkel gelegt und die so behängte Nadel an jeder Tätigkeit gelegt, während nach Außen hin gleichzeitig eine weitere Nadel am Rüttelen teilnimmt, und zwar derart, dass in jeder Zwischenmaschenreihe die gleiche Maschenzahl füllt, in jeder zweiten Reihe aber ein nicht füllter Henkel neu gebildet wird, bis schließlich in bekannter Weise das Röppchen angelegt und wieder sämtliche Nadeln zu gleicher Zeit in Arbeitsstellung gebracht und der Faden angewickelt wird. (Die "Textilindustrie".)

Herstellung durchbrochener Ware auf dem französischen Mundwirkuhl. Von G. Henge & Co. in Stuttgart, (D. R. Patent Nr. 12.295). Den Geiststand vorliegender Erfindung bildet ein Verfahren zur Herstellung durchbrochener Ware auf dem französischen Mundwirkuhl, bei weitem die Nadeln nicht wie bei den bekannten, denselben Zweck erreichenden Verfahren nebeneinander oder übereinander gebrückt werden, wodurch Reparaturen notwendig werden und wobei auch eine gleichmäßige, glatt ablaufende Ware nicht erzielt werden kann, weil durch fortwährendes Zusammenstoßen der Nadeln und fortwährende starke Beanspruchung ihrer elastizität die Nadeln sich häufig verbiegen und natürlich auch oft brechen. Die Erfahrung hat gelehrt, dass diejenigen Wirkstühle, welche auf durchbrochene Ware eingestellt sind, besonders polnische Pflege und Aufmerksamkeit bedürfen. Nach dem Verfahren, welches den Geiststand vorliegender Erfindung bildet, werden mittels eines auf die Mailleuse (Mailleurad) folgenden, das gewöhnliche glatte Preßrahm erreichenden gezählten Preßrahmen zwischen den gewöhnlichen Kurzmaschen Doppelmäschchen dadurch gebildet, dass beim Abdrücken alle Nadeln bis auf gewisse Musterndeil zur Abpreßung gelangen. Bei der nächsten Maschenreihe entstehen alsdann auf diesen Musterndeilen sogenannte Doppelmäschchen, die sich zusammensetzen aus einer langen Masche und einem kurzen Habenhenkel. Hieran werden die diesen Doppelmäschchen rechts oder links benachbarten Kurzmaschen oder auch beide Nachbarmaschen abgeschlagen, was zur Folge hat, dass an Stelle dieser Nachbarmaschen Durchbrechungen mit in Richtung der Maschenreihen liegenden und häufig zu denselben verlaufenen Plattenmaschen in der Ware entstehen. Die Anzahl der zwischen zwei Doppelmäschchen liegenden Kurzmaschen steht in dem Bestellen des Ausführenden.

(Die "Textilindustrie".)

Die größte Lokomotive der Welt hat kürzlich die berühmten Werkstätten von Schenectady (Albemarle) verlassen und ist in den Betrieb der Baltimore-Ohio-Eisenbahn übergegangen. Gegenwärtig paradiert sie als Scheibenwürdigkeit in der Weltausstellung in St. Louis. Die Verhältnisse dieser Maschine sind sowohl nach den Außenmaßen wie nach dem Gewicht ganz ungewöhnlich. Sie ist für schwere Güterzüge bestimmt und wiegt ohne den Tender bei sonst vollständiger Belastung 151.500 Kilogramm. Da sie auf sechs Achsen ruht, so hat jede von diesen ein Gewicht von 25.250 Kilogramm zu tragen. Der volle Tender wiegt für sich noch weitere 84.800 Kilogramm, so dass sich für die ganze Maschine rund 236.000 Kilogramm ergeben. Der marktwürdigste Teil der Eisenlokomotive ist der Kessel, der bei einer Länge von fast 12 Meter in seinem zylindrischen Teil den bläher noch niemals erreichten Durchmesser von 2,20 Metern besitzt und aus Stahlplatten in einer Dicke von 2½ Zentimetern besteht. Im Innern enthält er 436 Röhren von etwa 6½ Meter Länge und 5,7 Zentimeter Durchmesser. Der Kessel hat eine Fläche von 6,7 Quadratmetern, während die gesamte Holzfläche die ungeheure Ausdehnung von 620 Quadratmetern umfasst. Der Kessel wiegt leer 53.000 Kilogramm und fasst 15 Kubikmeter Wasser. Auch der Rahmen, der den Oberbau dieser Maschine zu tragen hat, muss selbstverständlich von außerordentlicher Beschaffenheit sein. Die sechs Achsen sind in zwei Gruppen von je drei angeordnet, die sich in einem Abstand von über 9 Meter befinden. Die beiden Achsengruppen sind nicht durch mechanische Glieder mit einander verbunden, sondern nur durch die Wirkung der Dampfstrahl. Die hintere Gruppe trägt zwei Hochdruckzylinder, von denen der Dampf nach den Niederdruckzylindern der vorderen Achsengruppe durch ein kleines Rohr hineingeleitet wird. Infolge der großen Länge der Maschine hat besondere Rücksicht darauf genommen werden müssen, dass sie den Kurven des Schienennetzes folgen kann. Daher besteht der Unterbau nicht aus einem starken Rahmen, sondern ist in der Mitte durch ein leichtes Charnier gelöst gefügt. Die Räder haben einen Durchmesser von fast 1½ Meter. Der Druck im Innern des Kessels beläuft sich auf 16½ Kilogramm pro Quadratzentimeter, der Fläche, und zum Unterteil ist ein Gelenkdruck von wenigstens 80.000 Kilogramm nötig. Die schwersten Maschinen desselben Systems mit sechs Achsen in Europa befinden sich im Betrieb einer spanischen Eisenbahngesellschaft, wiegen aber 108.000 Kilogramm und haben überhaupt keinen Tender. Auch die große Südbritannische Eisenbahn besitzt ähnliche Maschinen, aber von sehr viel geringerer Gewicht. Der Unterbau der transkontinentalen Eisenbahn ist ähnlich schwach und gestaltet nur eine

Belastung von höchstens 14.000 Kilogramm auf die Achse. Dementsprechend wiegen die dortigen Lokomotiven auch nur 84.000 Kilogramm, wozu ein Tender im Gewicht von 31.000 Kilogramm hinzukommt.

Literarisches.

Bei der Redaktion gingen folgende Schriften u. a. ein:

Bulletin des Internationalen Arbeitsamtes, Band III, Nr. 4, 5, 6, "Die Neue Zeit", Heft 19. Die "Neue Zeit" erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kiosquen zum Preis von 3,25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abnominiert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf. Beobachterinnen stehen jederzeit zu "Ringung", "Die Gleichheit", Nr. 19. Die "Gleichheit" erscheint aller 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 M., dem die Post bezogenen beträgt der Abonnementpreis vierteljährlich ohne Bestellgeld 55 M., unter Kreuzband 55 Pf.

Wider die Plattenherrschaft, Nr. 22 Preis 4 Heft 20 Pf.

Der Wahre Job, Nr. 19. Dem Bremer sozialdemokratischen Parteiwald wird darin ein herziges Willkommen zu teilen. Von Interesse ist sodann die Meldung einer photographischen Aufnahme des Internationalen Sozialistentongressen in Amsterdam, die unter dem Titel "Der Kriegsrat des Internationalen Sozialismus" als gänzliches Auto geboten wird.

Sommerurlaub oder Erholungsuraub für städtische Arbeiter. Eine zeitgenössische Betrachtung von Heinrich Bürger.

Zu bezahlen durch L. Nechols Buchbuchhandlung, Chemnitz, Alsterstr. 14.

Bekanntgaben.

Gardinen- und Spitzenweber Sachsen!

Hierdurch werden die Gardinen- und Spitzenweber Sachsen zu einer Konferenz eingeladen. Diese soll Sonntag den 2. Oktober d. J. vormittags 11 Uhr, in Plauen i. A. im Gewerbehaus "Schillergarten", stattfinden. Die Tagesordnung wird in der nächsten Nummer bekannt gegeben.

J. A. Filiale I Plauen i. A.

Achtung! Textilarbeiter Schlesiens!

Der Vorschlag des Vorstandes der Filiale Görlitz und des Agitationskomitees (in Nr. 33 des "Textilarb.") ist als abgelehnt zu betrachten, da sich die Mehrheit der Filialen bzw. Sektionen gegen denselben ausgesprochen hat.

Das unterzeichnete Komitee beruft nunmehr die Konferenz zum Sonntag den 9. Oktober 1903, vormittags 11 Uhr nach Liegnitz, Gewerbehaus, ein.

Tagesordnung:

1. Geschäfts- und Kassenbericht.
2. Berichte der Delegierten.
3. Wahl des Gauleiters und des Gauleiters.
4. Anträge.

Etwige Anträge müssen bis spätestens den 26. September bei uns eingehen.

Die Wahl der Delegierten hat in Versammlungen zu erfolgen, wo solche nicht möglich sind, durch Stimmenzählung. Die Delegierten müssen mit einem Mandat versehen sein und sich nach erfolgter Wahl bei uns melden.

In Abetracht der Wichtigkeit der Tagesordnung ist es notwendig, dass jeder Ort vertreten ist. Orte, welche nicht in der Lage sind, auf eigene Kosten einen Delegierten zu entsenden, wollen sich bei uns ebenfalls melden.

Mit tolligalem Gruhe.

Das Agitationskomitee für Schlesien.

J. A.: Otto Freihäsl, Görlitz, Salomonstraße 35. NB. Diejenigen Filialen bzw. Sektionen, welche mit ihren Beiträgen an das Komitee im Verhältnis sind, müssen bis zur Konferenz die Miete begleichen.

D. O.

Vorstand des Zentralausschusses ist:

Emil Vast, Berlin O. 34, Straßmannstraße 31.

Zentralverband Deutscher Textilarbeiter.

Glauchau. Vorstand: Bernhard Schmidler, Zimmerstrasse 8; Kassierer: Richard Grunert, Mauerstraße 22. Derselbe zahlte Pauschalunterstützung zu jeder Tagessitz, Krankeunterstützung nur Sonnabends vormittags von 8 bis 12 Uhr aus.

Lambrecht. Diejenigen Verbandsmitglieder, welche noch im Besitz von Büchern aus der Bibliothek des Gewerbehauskellers sind, werden hiermit aufgefordert, dieselben an den Bibliothekar Adolf Storz innerhalb acht Tagen abzugeben. Die Wiedereröffnung der Bibliothek erfolgt am 8. Oktober und werden die Mitglieder erucht, dieselbe freizig zu benennen.

Mülhausen i. C. In der letzten außerordentlichen Generalversammlung wurden wegen rücksichtigen Beiträgen ausgeschlossen:

1. Alsbisser, Joseph, Stamm-Nr. 141.914;
2. Krif, Christine, 144.655;
3. Vix, Ludwig, 144.061;
4. Nachler, Joseph, 107.876;
5. Gasser, Karl, 107.891;
-

Beilage zu Nr. 38 des Textil-Arbeiters.

Chemnitz, Freitag den 16. September 1904.

Noch eine verunglückte Staatsaktion!

Nachdem der Ermittlungshauer gefunden hat, mag es auf der berührt haben, daß die Fällale des Deutschen Textilarbeiterverbandes dort noch fortbesteht. Die erste Aktion, welche sich gegen den Verband richtete, war die verlangte Einreichung der Mitgliederliste bei der Behörde. Diesem Verlangen wurde nicht stattgegeben. Die Fällale selbst löste sich auf und die Mitglieder traten als Einzelmitglieder dem Verbande bei. Dieser Schlag war glücklich pariert. Doch schon von neuem wurde zur Vernichtung die Vorbereitung getroffen. Es sandten Vernehmungen von Minderjährigen statt, inwieweit sich deren Mitgliedschaft gegenüber dem Verbande erstreckt habe. Auf diese Vernehmungen hin erhob die Staatsanwaltschaft gegen den Geschäftsführer Kollegen Secht Anklage wegen Vergehens gegen das sächsische Vereinsgesetz. In der Anklage wurde behauptet, der Angeklagte habe 500 Minderjährige in den Verband aufgenommen. Da letzterer dem Vereinsgesetz unterstellt sei, habe er sich als Vetter des Vereins strafbar gemacht. Bei der Verhandlung vor dem Schöffengericht in Ermittlungshauer spielten die 25 Proz., welche die Organisation zur Bestreitung der örtlichen Ausgaben von der Gesamteinnahme in Abzug bringen darf, eine Rolle. Auch sollen die Minderjährigen Versammlungen besucht und sich an der Wahl beteiligt haben, wie sie überhaupt den volljährigen Mitgliedern gleich gezaubert haben sollen.

den volljährigen Mitgliedern gleich gegolten haben sollen.
In der Verhandlung konnten die irrigen Anschaиванияen der Staatsanwaltschaft nicht bewiesen werden. Die geladenen Zeugen sagten gegentheilig aus, weshalb auch die Freisprechung erfolgte. Gegen dieses freisprechende Urteil legte der Anklageanwalt Berufung ein. Es hatte sich nun das Landgericht mit dieser Materie zu beschäftigen. In der Berufungsverhandlung vor dem Landgericht Zwickau bestritt Kollege Secht, daß die Zahlstelle eine selbständige Vereinatüchtigkeit ausgesetzt habe. Derselbe erklärte die Verhältnisse, die vor Auflösung der Firma bestanden haben. Für die Minderjährigen bestand die Zahlstelle, welcher er als Bevollmächtigter vorstand. Die Anleitung hierzu habe er vom Verbandsvorstehenden erhalten. Als Geschäftsführer der Firma sei er von den Mitgliedern gewählt worden.

Zur Begründung der Anklage führte der Staatsanwalt aus: Das Schöffengericht zu Erimitschau verneine, daß die Zahlstelle eine selbständige Vereinsaktivität entfalte habe, er sei gegenwärtiger Meinung. Es stehe fest, daß der Leiter dieser Organisation 25 Proz. zurückbehalten habe, welche die verschiedenenartigste Verwendung gefunden haben. Damit habe man Agitation betrieben, Versammlungen abgehalten, woran die Winderjährigen teilnahmen. Die Winderjährige hätten regelmäßig Beiträge geleistet, wofür ihnen Unterstützungen bei Streits und die Nachzeitung gratis gewährt worden sei. Daz man es hier mit einer selbständigen Vereinsaktivität zu tun habe, sei unzweifelhaft. Das Verhältnis sei wie bei den Behörden. Die untere Behörde könne auch nicht in allen Fällen Entscheidungen treffen, sondern sie sei abhängig von der Oberbehörde. Man werde aber niemals dazu gelangen, zu sagen, die Unterbehörden wären keine Behörden. Schließlich beantragte der Staatsanwalt die Bestrafung des Angeklagten und Aufhebung

Befindiger Rechtsanwalt Dr. Hübner-Lelpalg beantragte die Verwerfung der Berufung. Es fehle rechtmäßig jeder Inhalt, der die Einschauung rechtfertige, daß hier eine selbständige Vereinstätigkeit vorliege. Es bestehe hier nur ein loser Zusammenhang. Die Minderjährigen hätten keinen Einfluß auf die Wahl des Leiters und über die Verwendung der Gelder; darüber verfüge nur die Zentralleitung, welcher gegenüber der Geschäftsführer auch haftbar ist. Sämtliche Gelder müßten nach dort gesandt werden. Da die Zahlstellen kein Geld ~~in~~ Orte annehmen dürfen, fehle das Bindungsmittel, welches in einem Verein vorhanden sein muß. Es heine ihm unmöglich, Hecht als Leiter eines selbständigen Vereins anzusehen. Für die Minderjährigen ist er als Bevollmächtigter vom Verbandsvorstand bestimmt worden, während er als Leiter einer Filiale von den Mitgliedern gewählt worden ist. Nach der Auflösung der Filiale falle letzteres weg. Wenn versucht werde, die Minderjährigen zum Verband heranzuziehen, so sei dieses verständlich, da in der Textilindustrie sehr viele Minderjährige vorhanden seien, welche ebenfalls bei Streiks unterstellt werden müssen. Dass diese insgesessen auch Beiträge leisten müßten, sei erklärlich. Beflicht sei es, daß sich jeder Arbeiter organisieren. Letzteres sei den Minderjährigen nach dem Gesetz nur möglich durch den Beitritt als Einzelmitglieder. Daraus aber die Folgerung zu ziehen, daß diese Art Mitglieder als Vereinsmitglieder anzusehen seien, welchen nach dem sächsischen Vereinsgesetz der Beitritt untersagt ist, sei unrichtig. Er ersuche um Verwerfung der Berufung und bitte um Freisprechung.

Die Berufung wurde verworfen und die entstandenen Kosten der Staatskasse auferlegt. Der Gerichtshof trat dem erinstanzlichen Urteil bei, weil nicht festgestellt worden sei, daß von den minderjährigen Mitgliedern eine Vereinstätigkeit ausgeübt werde. Daß diese ihre Beiträge an Hecht bezahlten, könne nicht als Grund gelten, denselben als Vorsitzenden zu bezeichnen. Derselbe habe den Weisungen der Zentralleitung Folge zu leisten gehabt und sei

Stoch ein Wort zur niederrheinischen Gaufrage.

Der in voriger Nummer von dem Kollegen B., Kreßeld, geäußerte Wunsch, die Delegierten der niederrheinischen Konferenz möchten sich vom Interesse der Gesamtheit trennen lassen, veranlaßt mich, noch ein Wort zur Gaufrage zu äußern. Kollege B. meint,

Dass Krefeld sich als Vorort der niederrheinischen Textilindustrie betrachtet, kommt hauptsächlich daher, weil die Kreßelnder Industrie die ältere ist und vor 25 bis 30 Jahren fast den ganzen Niederrhein von Wachen bis Kleve beschäftigte. Damals klapperten den Städten und Dörfern Tausende von Handwebstühlen, und den Viebertagen zogen Hunderte und Tausende von Handarbeiter nach Krefeld, um beim „Koopmann“ zu liefern und neuen Anschlag und Wolle zu holen. Als nun Mitte der achtziger Jahre der mechanische Sanitwebstuhl den Handwebstuhl verdrängte, wurden in Krefeld, Borsen und der näheren Umgebung große Fabriken gebaut, und der größte Teil der im dortigen Bezirk beschäftigten

Während nun im Krefelder Bezirk die Industrie stabil blieb und teilweise sogar zurückging, entwickelt sich dieselbe im Gladbachischen Bezirk von Jahr zu Jahr immer gehärtiger. Fortwährend werden neue Fabrikhallen gebaut, und dadurch wächst auch die Bevölkerung im Gladbachischen Bezirk im Gegensatz zu der im Krefelder rasch. Die am Rölleken W. geäußerte Ansicht, in den Kreisen Kenyan Märs

und Kleve-Geldern wären mehr Textilarbeiter beschäftigt, fand
darauf bestensfalls nur auf Unkenntnis der betreffenden Zahlen die
Berufsgenossenschaften beruhen. Von den am Niederrhein besitu-
tlichen ca. 100 000 Textilarbeitern beschäftigt die Sektion Gladbach
der Rhenisch-Westfälischen Textilberufsgenossenschaft nach dem leicht-
fahresausweis rund 29 000 Textilarbeiter. Dazu kommen noch
Tausende im gleichen Bezirk, die von den andern, wie der Seide
und der Leinen-Berufsgenossenschaft, registriert werden. Dann
auch zu beachten, dass die oben angegebene Zahl um 1700 höher
war als im Vorjahr. Alles Maßstäbe, die beweisen, dass die
Industrie im „deutschen Manchester“ noch einer gewaltigen Er-
weiterung im Gegensatz zur Großstadt steht.

wicklung im Gegensatz zur Kreisfelder sehr langsam ist.

Was nun die Lage anbelangt, so meint Kollege B., daß die vorgenannten Kreise von Kreisfeld aus besser bearbeitet werden könnten. Über der Kollege B. wird wohl bei näherer Untersuchung der Bahnverbindungen sehen, daß gerade die größten Orte wie Borsen, Dülken, Lobberich und Sischeln von Gladbach aus eher oder doch mindestens so schnell zu erreichen sind.

Nun kommt noch ein Hauptpunkt, den der Kreisfelder Kollege garnicht in Betracht zieht. Außer dem Kreisfelder und Gladbachs Bezirk besteht der niederrheinische Gau noch aus dem Nachener Bezirk mit 23 000 Textilarbeitern. Dieser Bezirk, der nur sehr schwer zu bearbeiten ist, kann von Kreisfeld aus nur über Gladbach, wo man umsteigen muß, erreicht werden. Die kleinsten Siedlungen im hiesigen Bezirk werden bei dem Gedanken der Kaufmännischen wichtigen

Bezirk werden bei dem Gedanken, der Gaubeamte möchte nach Gladbach kommen und ihnen scharf auf die Finger sehen, schon Angst und Schrecken versetzt. Das erlebt man aus einem Urteil im hiesigen Hauptblatt der Schwarzen, der „Westdeutschen Landeszeitung“ (Mühl-Arb.-Zeitung). In demselben wurde nach einer Übersicht über die hiesigen Organisationsverhältnisse die Befürchtung ausgesprochen, der Gaubeamte möchte die jetzigen Zahlen wohl bald vermehren, und werden darin die christlichen Arbeitnehmer auf gefordert, auf der Stul zu sein und sich von uns nicht überstreichen zu lassen.

Zum Schlusz möchte ich darum den Delegierten auch anraten sich nur vom Interesse des ganzen Bezirks selbst zu lassen.
Sollte der Hauptvorstand in dieser Sache sein Wort insprechen und die Delegierten, die ja in der Mehrzahl dem Kreisfelde Bezirk angehören, sich auf Krefeld einzigen, so wäre trotzdem das lezte Wort in dieser Sache noch nicht gesprochen. Wenn dann in späteren Jahren der Stk verlegt werden sollte, wird man sich auch die Frage vorlegen müssen, ob man selber keinen Fehler begangen und unsrer gerade hier übermächtigen Gegnern zu lange das Feld überlassen hat.

S. M., Gladbach.

In der Nummer 35 des „Textilarbeiters“ wurde von Rheindorf plädiert, daß der Sitz des Gaues M.-Gladbach sehn solle. Und das mit Recht. Darauf kam in der Nummer 38 eine Entgegnung vom Kollegen B. aus Krefeld. Eingangs des Artikels versuchte der Kollege B. die von Rheindorf aus angeführten Gründe als belanglos hinzustellen; man sollte sich nicht von persönlichen Misschauungen leiten lassen, vielmehr die Gesamtinteressen des Verbandes im Auge haben. Deshalb müßte der Sitz des Gaues Krefeld sein. Werter Kollege B., würden die Gesamtinteressen des Verbandes nicht besser wahrgenommen, wenn der Sitz des Gaues M.-Gladbach wäre? Auf der zu Ostern in Hannover abgehaltenen Generalversammlung wurde bei der Beratung der Gauelstellung darauf hingewiesen, daß der Gaubeamte sich selbst bezahlte; diese könnte er dadurch, daß er den einzelnen Kollegen innerhalb des Gaubezirks Anleitungen gäbe in korrekte Kassenverwaltung. Wäre auch der Aufschwung der Mitglieder sehr hoher, würde er die Zentralkasse nicht belasten, sondern entlasten. (?) Wird aber den Wunsche des Kollegen B. Rechnung getragen, so wäre das Umgekehrte der Fall, weil dann der Bahnhverwaltung anstatt der Zentralkasse das Geld zuflösse; es würde für unnötige Fahrten ausgenutzt werden. Es ist wohl angebracht, den Kollegen B. auf eine Ausmerksamkeit zu machen. Auf der Rückfahrt von Hannover wurde gesprächsweise von den niederrheinischen Delegierten die Frage aufgeworfen: Wo halten wir unsere diesjährige Konferenz ab? Wohl am besten wieder in M.-Gladbach? Geographisch ist es der beste Ort, und vorzüglich den einzelnen Filialen Unlosten aufzuhalten, was unnötig wäre. Wohl sicher hat sich der Gauvorstand von diesen Motiven leiten lassen. Sollte dies denn nicht auch für den Gaubeamten im Betracht kommen? Die Behauptungen des Kollegen B. gelgen doch von einer schlechten Informierung über die Stärke der Textilarbeiterchaft am Niederrhein. Hierzu einige Zahlen aus den Handelskammerberichten der Rheinisch-Westfälischen Textil-Genossenschaft des Jahres 1902:

Sektionen	Zahl der Textilarbeiter
I. Düsseldorf	11 001
II. M.-Gladbach	27 265
III. Elberfeld	11 132
IV. Wermel	22 619
V. Lennep	10 632
VI. Hagen	23 120

VII. Aachen	23 120
VII. Münster	22 976

Dem Handelskammerbericht für W.-Gladbach im Jahre 1903 entnehmen wir folgendes: W.-Gladbach (Stadt): Zahl der Textilarbeiter 15 470; Kreis W.-Gladbach (Land): Zahl der Textilarbeiter 30 203; Kreis Grevenbroich: Zahl der Textilarbeiter 3785; Kreis Kettwig (soweit derselbe zum Handelskammerbezirk W.-Gladbach gehört): Zahl der Textilarbeiter 10 187. Handelskammerbezirk W.-Gladbach: Zahl der Textilarbeiter 59 715. Mit diesen därfstigen Angaben glaube ich meinen Teil zur Klärung der Gausitzfrage beigetragen zu haben. Es würde zu weit führen, ausführlicher zu berichten, das kann auf der Gaukonferenz geschehen. Hoffentlich wird man da zu der Überzeugung kommen, daß W.-Gladbach der

des Gaues werden muß. — W. Vanhutte, M. Glatz

Mitteilungen aus Fachkreisen.

Düllen. (Versammlungsbericht.) Am 4. September fand unsere Zusammenkunft statt, welche so schwach besucht war, daß wir nur die dringendsten Punkte erledigen konnten. Nach der Abrechnung vom 2. Quartal betrug die Einnahme 143 Ml. 84 Pfg., die Ausgabe 111 Ml. 40 Pfg., bleibt Bestand 32 Ml. 24 Pfg. Zum Gewerkschaftsratell wurden 2 Delegierte und 1 Erzähmann gewählt: Gustav Hallein, Joseph Bodden und Wilhelm Anselm. Zum Delegierten zur Gaulonferenz wurde Johann Michelis gewählt. Es wurde dann von einigen Kollegen die Trägheit der Mitglieder scharf gerügt, und auch der Vorstand sprach sein Bedauern darüber aus, daß die Mitglieder es nicht der Milde wert hielten, in der Zusammenkunft zu erscheinen. Es sind immer und immer wieder nur dieselben Gesichter. Wir wollen hoffen, daß in Zukunft die Zusammenkünfte besser besucht werden. Die Versammlung sprach sich auch für die Wahl Mr. Gladbachs zum Gauleiter aus.

Arefeld. Es ist eine traurige, aber leider nicht wegzuleugnende Tatsache, daß es nach Jahrzehnten

Zelt noch nicht verstecken, und sich dem Bestreben der einflussreichen, organisierten Arbeiter nach Besserung der Wohn- und Arbeitsverhältnisse hindernd in den Weg stellen. Zehn Jahren ist die Organisation redlich bemüht, Aufklärung in die Reihen der Arbeiter zu tragen, den Zusammenschluß derselben zu fördern, sie auf ihre wirtschaftlichen Interessen aufmerksam zu machen und ihnen den Weg zu zeigen, der zur Besserung der herrschenden unzulänglichen Verhältnisse führt. Aber trotz aller Anstrengungen, die in dieser Beziehung gemacht werden, gibt es noch eine sehr große Zahl, die sich Augen und Ohren verschließen. Nicht nur, daß die alten Vermahnungen gegenüber gleichgültig bleiben, sondern durch ihre Verfolger, fragt man sich, werden sie nicht verstärkt?

halten tragen sie noch zur Verschlechterung der ohnehin schon so schlechten Viehhaltunss bei. Bei der Niema Mürus & Sonnertich, G. m. b. H., ist auch so ein Arbeiter, dem es noch an der nötigen Klugheit fehlt. Jeder halbwegs vernünftige Arbeiter sieht mit Bedauern, wie die Unternehmer bemüht sind, in der Stoff sowohl wie in der Handwerkeri das Juwelstuhlsystem allgemein einzuführen. Jener Weber ist aber mit zwei Haubstühlen noch nicht zufrieden, er bedient deren sogar drei, und zwar zwei 24-Sitzer Möschebänder und einen 20-Sänger Gräfin Band. Ein solches Verhalten muss notwendig in der ungünstigsten Weise auf die Lohn- und Arbeitsverhältnisse einwirken. Abgesehen davon, dass die körperliche und geistige Gesundheit des Arbeiters dadurch über Gebühr angestrengt wird - denn mit der Raumausfüllung eines 24-Sängers hat ein Arbeiter genug zu tun - wird anderem Arbeitern so die Arbeit fortgenommen. Das Heer der Arbeitslosen vermehrt sich und die Löhne sinken. Die Konjunktur in der Bandindustrie ist augenblicklich eine schlechte. Es laufen geringe Bandweber herum, die gern arbeiten möchten. Da sollte sich niemand dazu hergeben, 3 Bandstühle zu bedienen. Der Unternehmer sieht es natürlich gern, wenn ein Arbeiter sich so zu einem willigen und billigen Ausbeutungsoberhaupt herauft. Und die Rente

willigen und billigen Ausbeutungsberechtigt ist. Zulässige Rente werden bei jeder Gelegenheit bevorzugt und je darf auch dieser Musterarbeiter sich wohl manches erlauben, was andern Arbeitern nicht gestattet ist. Während vor kurzem ein Arbeiter entlassen wurde, weil er nach Ansicht des Meisters zuviel Zeit zur Beendigung seines Bedürfnisses gebraucht hatte, kann dieser Arbeiter sich mehr Zeit dazu nehmen, ohne auszustehen, und wenn er das Bedürfnis hat, sich von seiner anstrengenden Arbeit etwas zu erholen, dann kann er in der Nachbarschaft ein Glas Bier tragen, ohne daß man ihn wegen Braumüthens bestraft. Einem Mädchen gegenüber, das sich über einen nach ihrer Meinung unzureichend fertigten Wohnabzug von 2,50 Ml. auf 100 Meter beschwerte, wurde auf diesen Mann als musterhaftes Vorbild hingewiesen. Dieser Arbeiter spielt hier also eine Rolle, nach der er gewiß garnicht verlangt hat. Und das alles um eines momentanen persönlichen Vorfalls willen! Hauptsächlich steht er das bald ein und nicht sehr mehr solidarisch als jetzt zu befähigen. An alle anderen organisierten Arbeiter aber müchten wir die eindringliche Mahnung richten, unablässlig für die Ausbreitung der Organisation zu agitieren, aufklärend und belehrend auf die Indifferenzen Kollegen einzutreten, damit solche unerfreulichen Erscheinungen verschwinden. Solange die Arbeiter selbst ihre eigenen Interessen mit Füßen treten, ist an einem Erfolg dem Unternehmern gegenüber nicht zu denken.

enen Erfolg den Unternehmern gegenüber nicht zu denken.

Vorbericht. (Versammlungsbericht.) Die am Mittwoch voriger Woche abgehaltene Versammlung, die sich eines guten Besuchs erfreute, beschäftigte sich in erster Linie mit dem Vorgehen des Agitationskomitees in Görlitz bezüglich der Wahl des Gauleiters für Schlesien. Es fand eine heftige Debatte statt, in welcher sich die Kollegen ausnahmslos scharf gegen das Vorgehen des Agitationskomitees aussprachen und die Wahl des Gauleiters, so wie in Breslau beschlossen, nach den Verbandsbestimmungen verlangten. Folgende Resolution fand einstimmige Abstimmung: „Die heute im Gasithof mit „Sonne“ tagende und gutbesuchte Mitgliederversammlung der Mitglieder des Zentral-Verbandes Deutscher Textilarbeiter, Filiale Landeshut, protestiert entschieden gegen die Art und Weise, wie das Agitationskomitee der schlesischen Textilarbeiter die Wahl eines Gauleiters für Schlesien vorzunehmen gedenkt. Die Versammlung stellt bei dem Vorstand des Zentralverbandes Deutscher Textilarbeiter in Berlin den Antrag, dem Agitationskomitee in Görlitz aufzugeben, die Wahl nach den Verbandsbestimmungen, wie dies auch die Konferenz in Breslau beschlossen hat, vorzunehmen und falls dies nicht geschehen sollte, der auf andere Weise zu stande gekommenen Wahl die Zustimmung zu versagen. In letzterem Falle beantragt die Filiale Landeshut, der Zentralvorstand möge sofort nach der Ungültigkeitserklärung der Wahl die in Breslau beschlossene Konferenz nach Breslau einberufen, auf welcher alsdann die Wahl des Gauleiters gemäß den Verbandsbestimmungen vorzunehmen ist. Dieser Beschluß soll im „Textilarbeiter“ veröffentlicht und in je einem Exemplar dem Vorstand des Verbandes wie auch dem Agitationskomitee über sandt werden.“ Die weitere Verhandlung betraf Fragen der inneren Verwaltung. Es soll streng darauf gehalten werden, daß Nestanten nicht mehr geduldet werden. Den Einlassierern sollen bei Erhebung der Beiträge allemal die Billets vorgelegt werden, damit diese die Macken einsieben können. Aller Viertelsjahre hat jedes Mitglied eine Marke zu 10 Pf. (Kartellbeitrag) zu entnehmen und ist dieselbe vom Einlassierer durch Aufschreiben des Quartalsdatums zu entwerten. In der nächsten Mitgliederversammlung soll, da Kollege Krämer sein Amt niedergelegt

Lobberich. (Versammlungsbericht.) Am Sonntag tagte hier im Hotel Reissels eine von christlicher Seite einberufene große Volksversammlung. Zugelassen war freie Diskussion. Die Tagesordnung lautete: 1. Die wirtschaftlichen Krisen, ihre Ursachen und Abwehr. 2. Welche Pflichten hat die Kommunalverwaltung zur Zeit der Krisen gegenüber der Arbeiterschaft? 3. Die örtlichen Veränderungen in sozialpolitischer Hinsicht im Laufe eines Jahres. Referenten waren der Zentralvorsthende Schäffer und Fräulein Fannny Amle-W.-Gladbach. Außerdem war das Erscheinen des Bezirksvorstandes sowie aller Amtsstellnehmer aus W.-Gladbach angezeigt. Der Vorsitz der Versammlung, Kollege Kraut, begrüßte zunächst die Besuchlichkeit und sprach dann etwa 20 Minuten lang am 3. Punkt der Tagesordnung. Er erinnerte daran, daß bis vor einem Jahre die hiesigen Textilarbeiter noch lediglich ihr Durchsinnen gefunden hätten. Von da ab sehe die Stelle in der Saarland-Industrie ein, deren Folgen er schilderte. (Seine erste Behauptung ist unzutreffend. Bevor die Handelskrisen eingesetzte, hatte die Mehrzahl der Samtweber bereits jahrelang so schlecht bezahlt, daß man von einem lediblichen Durchschnittslohn überhaupt reden sollte.) Der Redner wandte sich dann gegen die Handlungen der hiesigen liberalen Richtung, welche das Unternehmertum angreift. Er verurteilte unter anderem das Zweistuhlsystem, welches die Wöhne reduziere. (Dieser Standpunkt war neu bei ihm. Schon vor dem Aufstehen der Gewerkschaftsbewegung hier am Ort ließen es der Firma Dr. Wall eine Anzahl Doppelstühle, ohne daß dies besonders beachtet wurde. Erst später, und zwar als die Wandlungskunst in ihrer schönsten Blüte stand, ebenso aber auch die Gewerkschaftsbewegung und als diese mit ihrer Kulturausbreitung langer

dazu über, dieses System zu verallgemeinern und, wo nennendig den Christen anzuhalten. Die Reise in unserr Nachfrage sollte damals ein und verlange von den Christlichen eine öffentliche Bekundung pur Verneinung dieses Systems. Was geschah?

Sollte Raum, als Agitator des christlichen Verbundes, herief eine Verkündung für christliche Arbeiter ein, in welcher er das „christliche“ einen technischen Vorwurf nannte und in leichter Weise für dasselbe Propaganda mache. Seinen damaligen Standpunkt vertrat er uns gegenüber auch noch, als wir das letzte mal, zwar nur in einer Gesellschaft, die Frage des Zweihandels besprochen hatten. Sein legitimes Bedenken in unserer Diskussion ist also sowohl nur als interessant. Voller ist der Unterkunft, die, teils begeistert, teils gesungen, den zweistufigen Regel mochte, nicht damit gehofft. Als nächster Redner sprach Schäffer über „Die Krise“. Ihre Ursachen seien so zahlreich, daß man sie kaum alle aufzählen könne. Ein Arbeitserreger sei die Arbeitsproduktion. Er erinnerte an das Wehrproduktion und das Heerfundensmessen. Als weitere Ursache nannte er den gestigten Verbrauch der laufsfähigen Arbeiterschaft. Christliche Arbeitnehmer hätten für die überbetrieblichen Textilarbeiter einen Durchschnittsverdienst von nur 750 Mark heran gerechnet. Wie weiter schäffer trug die Grossproduktion mit den Rohmaterialien, ebenso die Mode, sowie endlich die Politik anderer Länder. Er sprach dann über die Folgen der Krise. Die Frage: „Was tun wir gegen die Krise?“ beantwortete er dahin, daß ihre Abholzung unmöglich sei. Es könnten aber Staat, Gemeinde, Unternehmer und Arbeiter zusammenarbeiten, damit die Kosten eingespart und ihre Folgen gemildert würden. Er verlangte vor allem Verkürzung der Arbeitszeit auf 10 Stunden (dieselbe sei schon längst erreicht), zufriedene Herabsetzung der Krankenarbeit auf 6 Stunden, abnormale Auszahlung dieser. Dann bliebe vor allem noch die Organisation, die nicht im Sinne des Klassenkampfes arbeiten, sondern deren Wirkung die Übertragung des Christentums in die Praxis sein sollte. Diese Ausführungen gingen der Zuhörer jedoch deshalb nicht an den Grund, weil, mit Ausnahme der bloße, alles was hier als Ursache der Krisen angegeben wurde, in Wirklichkeit nur die Folgen einer ganz anderen Ursache sind, mit die heißt: kapitalistische Produktionsweise. Rätsch war es auch, als der Referent den „ganz vernünftigen“ Vorschlag erörterte, die Heimwerber mit Sankt auszuführen! Wir fragten uns verwundert, wo dann die Weber bleiben, welche die fehlige Rüttelstange verfeindeten. Nach Täsch sprach Krt. Imle über „Die Pflichten der Kommune“. Den Zeitungsartikeln, die als Gemeindeväter figurierten, dienten ob den Vorschlägen ihrer Parteigegner die Ohren gefüllt haben. Ihr Appell an das Christentum der höheren Klassen wird indes ebenso wirkungslos verhallen, wie derartiges Jahrhundertlang verholt ist. Da der Diskussion sprach zunächst Reimer. Die heutigen Wirtschaftsschäden hätten bereits vor Jahrzehnten den Kampf gegen die von Schäffer hervorgehobenen Missstände geführt, zu einer Zeit, wo die heutige christliche Richtung noch viel zu rückständig war, um sich überhaupt mit sozialwirtschaftlichen Fragen zu befassen. Ob dieser Kampf im Namen des Klassenkampfes oder des Christentums geführt sei, das bleibe mir die, welche der Hilfe bedürfen, ganz gleich. Die Menschheit braucht die Sache, nicht die Aufführung. Die Wirtschaftsschäden seien völlig unzureichend. Die gänzliche Bevölkerung der Krisen sei zu diskutieren möglich. Der sog. technische Aufschwung hätte heute nur deshalb als Arbeitserreger gelten, weil er im Dienste des Kapitalismus arbeite, anstatt im Dienste der Menschheit aufzugehen. Die Sache würde verschwinden, weil langsam alle die Länder, in denen wir unsere besten Arbeitsgebiete fanden, immer mehr industrialisiert würden und ihren eigenen Bedarf zu weiten Maßen finden. Demgegenüber müsse schließlich die Gesellschaft, der Staat, eingreifen. Würde dies jedoch vollständig, umsonst sei die Arbeiterschaft auf ihre Selbsthilfe angewiesen. Besonders am Niederrhein. Reimer sprach dann die Folgen des Zweihandels und des Zweistufigsystems. Von christlicher Seite sei man in Vorderhand offen für den Doppelstaat eingetreten. Die Verlängerung der Arbeitszeit sei gefolgt, dann Verlängerungsabschaltung; schließlich haupte christlich organisierte Arbeiter versucht, das System auch in Kaschel einzuführen. Unsere Vorschläge zur gemeinsamen Wehrhalle Kollegie Kraut mit einem „Nein“ beantwortet. Auf diese Weise arbeite man im Unternehmertum. Er führt noch eine Reihe weiterer Fälle an, welche die Organisationsmildigkeit der besseren Arbeiter mit verschuldet haben. Die Ränke der Arbeiterorganisationen gegen einander würden erst verschwinden bei einem Zusammenschluß der Arbeiter zu einer Organisation. Trotzdem sei ein Zusammenschluß der Verbände bei aktuellen Fragen möglich und notwendig. Hier am Niederrhein gelte es, gemeinsam Missstände zu bekämpfen, welche Überproduktion und Arbeitslosigkeit zur ständigen Regel machen. Sage man „Nein“! so schlage man damit seinen eigenen schönen Gedanken ins Gesicht. Diese Ausführungen entsetzten eine wilde Schimpfung, welche der Kollegen Kraut und Pech-Krefeld. Ihr Pochen auf ihre Religion vermengte sich mit einem ungünstig rüden Ton, welcher um so abstoßender wirkte, als man gleich darauf die Redezette auf 10 Minuten verlängerte, worauf bald Schluss der Redner folgte. Nebenbei hatte man Pech sehr zu Utrecht vor Verstellung der Redezette in die Rednerliste eingeschoben. Unser Kollege Kraemer aus Düsseldorf verzichtete unter diesen Umständen auf die Teilnahme an der Diskussion, während Aug. v. d. Berg und W. Reimer noch einmal 10 Minuten zu Wort kamen. Einen Autograph Kraemer, die Diskussion an einem anderen Sonntag mit freier Redezette fortzuführen, ließ man stillschweigend unter den Tisch fallen. Dieser neue Versuch, mit den Christlichen zu diskutieren, endete wie alle vorhergegangenen: man schnitt uns das Wort ab. Schließlich verließ der Verantwortungsbesucher verlesen mit Entschuldigung den Saal.

Glauchau. Seit einiger Zeit bestanden wieder Differenzen bezüglich Lohnzahlung nach dem Tarif in der mechanischen Weberei Hofmann. Durch Vorstellungen des Fabrikationschusses war es nicht möglich, eine Verständigung herzustellen, indem Herr Hofmann erklärte, daß die Auslegung des Tarifs lediglich der Arbeiter eine freie sei; an zuständiger Stelle sei ihm mitgeteilt worden, daß er wie berechnet bezahlen könne. Eine hiergegen bei der Berechnung mechanischer Webereien eingeklagte Beschwerde hatte den Erfolg, daß G. verurteilt wurde, die bereits zu wenig gezahlten ohne Nachzahlungen. Hofmann unterschied auch nicht zwischen „roh“ und „kunst“, indem er Artikel mit schwarzen Kettenmaterial und rohem Einschub einschließlich „roh“ erklärte. Eine Anzahl Arbeiter mußten Beträgen von 6-18 M. nachgezahlt werden. Auch an Johannisplatz war dem Tarif nicht immer Rechnung getragen worden, doch wußte man hier das Lohnmaut durch Vergütung auszugleichen, sodass die Arbeiter nicht geschädigt werden sollten.

Edznitz. Am Sonntag den 4. September tagte im „Schönburgischen Hause“ eine nur schwach besuchte örtliche Arbeiter- und Arbeiterinnen-Versammlung. Herr Albin Reichelt aus Chemnitz sprach über: „Die Organisationsbestrebungen der Arbeiter und die Ränke unserer Zeit.“ In eindrücklichem Vortrage führte der Redner den Anwesenden die Notwendigkeit der Organisation vor Augen, zetzend, wie die Unternehmer es verstanden, hohe Gewinne einzuholen, während sie den Arbeitern nur beschädigte und gerechte Forderungen mit Absperzung drohen. Reicher Redner wurde dem Redner zu teil. In der Diskussion wurde vom Vorstehenden nochmals nachdrücklich zu innerstädtischer Agitation für die Organisation aufgefordert. Zu bedauern ist es nur, und für die Vogtländische Arbeiterschaft ist bestimmt, daß es kaum 20 Personen für nötig befunden halten, die Versammlung zu besuchen.

Selbst die organisierten Textilarbeiter waren nur zur Hälfte erschienen. Schier unbegreiflich nach es einem erscheinen, wenn selbst erfahrener Leser des Parteiblattes, welches doch oft genug auf die Notwendigkeit auch der gewerkschaftlichen Organisation hinweist, durch Abwesenheit glänzen.

Mittweida. Dass wie an verschiedenen andern Orten so auch unter einem großen Teil der besseren Mitglieder des Textilarbeiterverbandes große Interessenten und Gleichgültigkeit herrscht beweist die am Sonnabend den 3. September im „Rosengarten“ abgehaltene Mitgliederversammlung, in der Kollege Julius Lehmann einen Vortrag über „Die soziale Lage der Arbeiterschaft“ hielt. Von über 300 Mitgliedern hatten sich nur ca. 60 eingefunden. Mag ein jedes Mitglied häufig dafür sorgen, daß derartig wichtige Versammlungen besser besucht werden. Nachdem sich Punkt I der Tagesordnung durch Vorlesen von 13 eingegangenen Anmeldungen und 4 Abmeldungen erledigt hatte, sollte sogleich die Wahl eines 1. Vorsitzenden vorgenommen werden. Da sich leider niemand dazu meldete, wurde diese Angelegenheit bis auf weiteres verlängert. Danach erhielt Kollege Lehmann das Wort. In etwa einstündigen trefflichen Ausführungen führte der Redner an der Hand einer genauen Statistik die Kindersterblichkeit der Arbeiterschlafse gegenüber der des Mittelstandes und der wohlhabenden Klasse den Anwesenden vor Augen und sprach dann die Wohnungsnot, unter der die Arbeiter zu leben haben. An den mit Beifall aufgenommenen Vortrag schloss sich eine kurze Debatte, an der sich mehrere Kollegen beteiligten. Nach Erledigung einiger interner Verbandsangelegenheiten und Beantwortung mehrerer eingegangener Fragen stellte der Vorsitzende unter „Beschleunigung“ der Versammlung mit, daß das bessere Gewerkschaftsrat bestimmt habe, die genügender Vertretung einen Unterrichtskursus in der Buchführung abzuhalten. Diejenigen Mitglieder, welche gewillt sind, sich daran zu beteiligen, werden gebeten, sich in allerndächster Zeit beim Vorsitzenden Lehmann zu melden. Nächste Versammlung Sonnabend den 1. Oktober.

Meerane. Bürgerliche Blätter, unter ihnen auch die Chemnitzer „Allgemeine Zeitung“, stellten in Wrede, daß seitens der Meeraner Fabrikanten an dem Vohlaris gerüttelt werden sollte. Nun schreibt die „Arbeitsberatung“, daß jetzt die Vohnweber bestrebt seien, die Heimwerber mit Sankt auszuführen! Wir fragten uns verwundert, wo dann die Weber bleiben, welche die fehlige Rüttelstange verfeindeten. Nach Täsch sprach Krt. Imle über „Die Pflichten der Kommune“. Den Zeitungsartikeln, die als Gemeindeväter figurierten, dienten ob den Vorschlägen ihrer Parteigegner die Ohren gefüllt haben. Ihr Appell an das Christentum der höheren Klassen wird indes ebenso wirkungslos verhallen, wie derartiges Jahrhundertlang verholt ist. Da der Diskussion sprach zunächst Reimer. Die heutigen Wirtschaftsschäden hätten bereits vor Jahrzehnten den Kampf gegen die von Schäffer hervorgehobenen Missstände geführt, zu einer Zeit, wo die heutige christliche Richtung noch viel zu rückständig war, um sich überhaupt mit sozialwirtschaftlichen Fragen zu befassen. Ob dieser Kampf im Namen des Klassenkampfes oder des Christentums geführt sei, das bleibe mir die, welche der Hilfe bedürfen, ganz gleich. Die Menschheit braucht die Sache, nicht die Aufführung.

Wylan I. (V. Versammlungsbericht.) Am 3. September fand in der „Germannia“ unsere Monatsversammlung statt. Dieselbe war infolge besonderer Einladung ziemlich gut besucht. Der Kassierer gab den Kassenbericht bekannt, woraus zu erssehen war, daß im Laufe des 2. Quartals immer wieder gut gearbeitet worden ist. Der Mitgliedschwund wegen der Beitragserhöhung war nicht so klimatisch, als man annahm. Es waren bis jetzt nur 12 Mitglieder abgeschieden, wir haben aber dafür 13 neu gewonnen. Des weiteren gab der Kassierer bekannt, daß die Gragelarten an Arbeitslosenstatistik sehr spärlich eingegangen seien, und er wünschte, daß die Gragelarten in Zukunft in größerer Zahl eingehen möchten. Nach dem Revolutionsbericht wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Dann sprach der Vorsitzende Kollege Hofmann, über die Entwicklung unseres Verbandes. Unter „Beschleunigung“ entspann sich eine große Debatte über das sehr verwirrende Dressluhsystem. Die Gillaten Wylan, Reichenbach und Melchingen, in welchen Orten es sehr verbreitet ist, sollen mit dem Unterklationskomitee gemeinsam die Angelegenheit weiter verfolgen. Das Arrangement des Dressluhsystems wurde dem Vorstande übertragen. Hieran schloss der Vorsitzende die Versammlung mit dem Wunsche, daß die Versammlungen in Zukunft immer noch zahlreicher besucht werden möchten.

Neustadt (Oberschlesien). (Versammlungsbericht.) Am Sonnabend den 3. September fand eine Textilarbeiter- und Arbeiterschafts-Versammlung statt, die gut besucht war. Unser Bevollmächtigter, Kollege Becker, sprach über: „Was tun wir zur Verbesserung unserer so überaus menschenunwürdigen Lage?“ In anderthalbjähriger Rede erläuterte er den Verdegang der Weberei Neustadt im allgemeinen und schickte auch die Anfänge der heutigen noch allein stehenden Firma S. Kraut im besondern. Er zeigte, daß der Vater der heutigen Firmeninhaber aus ähnlichem Berufshaus hervorgegangen ist, es aber verstanden habe, die damaligen kleinen Firmen von der Bildfläche zu verdrängen, die vorhandenen Arbeitsschäfte für sich allein in Anspruch zu nehmen und es so in verhältnismäßig kurzer Zeit — nicht zum wenigsten durch die Intelligenz der Arbeiterschaft — zu einem vielfachen Millionär zu bringen und der Firma den Ruf einer Weltfirma zu verschaffen. Während sich seither immerhin — wenn auch nur bei angestraffter Tätigkeit und übermäßig langer Arbeitszeit — ein halbwegs leidlicher für den notwendigen Lebensunterhalt ausreichender Verdienst erzielen ließ — trotzdem jährlich Millionen heran gewirtschaftet und überschüssig gemacht, wie auch palastähnliche Villen gebaut wurden —, so ist es jetzt leid traurig, daß nun die Textilarbeiterchaft trotz angestraffter Tätigkeit nicht soviel zu verdienen vermag, um Mittel für einen eingemachten ausreichenden Lebensunterhalt zu haben. Zwar wurde vor etwa Jahresfrist den Arbeitern der mechanischen Weberei eine fünfprozentige Lohnerhöhung zugestellt und noch heute prangt auf den Liederstein die fünfprozentige Lohnerhöhung. Und wie steht's in Wirklichkeit aus? Statt der festgesetzten Lohnerhöhung haben die Weber infolge des zu verarbeitenden schlechten Materials einen wöchentlichen Verdienstansatz von 4 bis 6 M., sodass die angebliche fünfsprozentige Lohnerhöhung eine 25-30 prozentige Lohnherabsetzung nicht ausschließt. Ganz besonders lobt Becker, daß die Firmeninhaber sich mehr und mehr der Arbeiterschaft entfremden, wodurch die Beamten und sonstigen Angestellten begreiflicherweise an Investitionsmöglichkeiten zu den Arbeitern nicht gewöhnen. Mit einem warmen Appell an alle, welche der Organisation noch fernstehen, sich zu organisieren, schickte Becker seine mit Beifall aufgenommenen Ausführungen. Zur Diskussion erhielt zunächst ein christlich organisierte Kollege das Wort; derselbe bot die Hand zu geschlossenem Bogen, da es bei der vom Vorredner so wahrheitsgemäß geschilderten Misstrauigen Lage der besseren Textilarbeiterchaft geboten erschien, daß bald etwas getan werde, um den vorhandenen Missständen entgegenzuwirken. Freilich misste er (Redner) noch die Einwilligung des Bezirksvorstandes einholen. In der weiteren Diskussion — die zum Teil recht erregt wurde — beteiligten sich die Kollegen Gauntz, Otto, Klinger, Langer, Paul und Exner. Ihre Ausführungen bekräftigten sich auf die Herabsetzung besonders trauriger Missstände. Schließlich wurde ein Antrag für die Wahl einer Kommission angenommen. In dieselbe wurden die Kollegen Gauntz, Klinger und Otto von der freien und die Kollegen Herzmann und Hirschfeld von der christlichen Delegationsgruppe gewählt. Dieser Kommission liegt zunächst die Aufstellung eines Saales für Verhältnisse einer groben Versammlung vor. Gleichwohl schloß der Vorsitzende mit anfänglich laut Geschwörwort, daß er dem Generalversammlung 1000 M.

Plauen. Ein ungetreuer Kassierer des Textilarbeiterverbandes der Johstelle zu Treuen, der Weber Jacoby, stand am Donnerstag wegen Unterschlagung vor dem bessigen Landgericht. Bei einer Revision im Juni v. J. stellte sich der Jacoby ein Postamt heraus, welches Geld er für sich und seine Familie verdient hatte. Obwohl Jacoby verpflichtet hatte, den Betrag zurückzuzahlen, was ihm aber nicht möglich war, mifchte die Anzeige erstatzt werden, und erhielt Jacoby heute für sein Vergehen zwei Monate Gefängnis zugesetzt. Jacoby lebt in sehr ärmerlichen Verhältnissen und mag er wohl auch die Führung der Bücher nicht beherrschen haben. Beide Missstände sind zwecklos als Milderungsgrund anzusehen.

Mauern I. (B. Schiffsmeister.) Unsre Gillate hält am 10. September ihre Monatsversammlung ab, welche ziemlich gut besucht war. Auf der Tagesordnung stand: Schriftsatz, Agitation, Bericht der Kartelldelegierten und Beschließenes. Zu Punkt I berichtete der Vorsitzende und führte aus, daß vor seiner Eltern mehr darauf geachtet werden möchte, daß das Regulativ geltend erlangt und daß sie jeden Fall von Unterzahlung der Schäden dem Vorstand melden sollen. Es wurde beschlossen, daß der Vorstand in nächster Zeit Besitzversammlungen einberufen soll, um die Kollegen mehr als bisher von der Notwendigkeit der Organisation zu überzeugen; nur mit dieser werde das Regulativ zur Durchführung gebracht sein. Über den Bericht der Kartelldelegierten entspann sich eine lebhafte Debatte. Schließlich wurde eine Resolution einstimmig angenommen: „Die heutige Monatsversammlung der Schiffsmeister protestiert energisch gegen die Wahl Schultzs zum Vorstandsmittel (Kartellvorstand), weil sie durch Gefährdung der ganzen Gewerkschaftsbewegung erblüht.“ Der erhöhte Beitrag zum Kartell wurde einstimmig genehmigt. Da die Zeit weit vorgeschritten war, schloss der Vorsitzende die Sitzung mit einem warmen Appell an die Kollegen, läufig für die Organisation zu agitieren, damit wir endlich in unserer Bewegung vorwärts kämen.

Stuttgart I. (Versammlungsbericht.) Unsre Monatsversammlung, die am 20. August im „Wirtschaftshaus“ tagte, war sehr schlecht besucht, was bei der Wichtigkeit der Tagesordnung sehr zu bedauern war. zunächst gab Kollege Weinhold einen Bericht über die Kaufkonferenz. Am Anschluß an diesen Bericht wurde eine Resolution angenommen, in der bestimmt wurde, daß zum Sitz des Hauptstandes Wittenhausen bestimmt worden ist, denn man glaubt, daß Württemberg und Hohenlohe dadurch vernachlässigt würden und von einer Agitation in diesen beiden Landesteilen keine Rüde mehr sein kann. Eine rege Debatte entspann sich über die Entwicklung von Arbeitern zur ständigen Ausstellung für Arbeitserziehung in Charlottenburg. Die meisten Redner waren der Ansicht, daß die Entwicklung von Arbeitern zu dieser Ausstellung für die gesamte Industrie nützlich sei und daß man daher für Delegation einer größeren Anzahl Arbeitern zur Ausstellung wünsche. Auf Wunsch der Gillate II findet am 17. September im „Wirtschaftshaus“, Saal X, eine gemeinschaftliche Versammlung statt, die zu besuchten Pflicht aller Mitglieder beider Gillaten ist.

Bermischtes.

König und Gewerkschaften. Der „Frankf. Int.“ wird aus Dänemark geschrieben: „König Christian besuchte aus Anlaß der Einweihung des Odense-Kanals die Hauptstadt Kopenhagen, Odense, und nahm an einem Festmahl im Rathaus teil. Nach der Tafel äußerte der greise König den Wunsch, man möge ihm die Vorstandsglieder der Fachvereine und den sozialdemokratischen Abgeordneten, Redakteur Marott, vorstellen. Dieser Wunsch wurde erfüllt. Der König unterhielt sich mit den Arbeitern lange und äußerte seine Freude, die Vertreter der Fachvereine beim Fest angewohnt zu sehen, dankte ihnen auch für das Interesse, das sie für die Entwicklung der Stadt gezeigt haben, und sprach schließlich seine Zufriedenheit darüber aus, daß Dänemark keine Anarchisten habe. Herr Marott antwortete, in einem Lande, wo die Bevölkerung das Recht habe, sich durch den Reichstag auszusprechen und durch die parlamentarische Regierungsform an der Leitung der Geschäfte teilzunehmen, würden die Anarchisten keinen günstigen Boden finden können. Der König schien über diese Antwort sehr erfreut und verabschiedete sich herzlich von den Vertretern der Arbeiter.“ — In Dänemark hat also selbst der König nichts gegen die Sozialdemokraten einzubauen, in Deutschland möchte man sie immer wieder unter ein Ausnahmegesetz stellen.

Aus einem „Arbeitswilligen“-Biederbuch. Bekanntlich hat der verlorene gegangene Streit in Crimmitzschau einen nationalen Arbeitsverein gezielt, der seine Mitglieder engstlich von den übrigen Arbeitsverbänden abschließt. Er veranstaltet, um die Mitglieder bei guter Laune zu erhalten und sie über den Ernst des Lebens nicht nachdenken zu lassen, auch eigene Veröffentlichungen, welche die Arbeitsfähigkeit darstellt aus, daß Dänemark keine Anarchisten habe. Herr Marott antwortete, in einem Lande, wo die Bevölkerung das Recht habe, sich durch den Reichstag auszusprechen und durch die parlamentarische Regierungsform an der Leitung der Geschäfte teilzunehmen, würden die Anarchisten keinen günstigen Boden finden können. Der König schien über diese Antwort sehr erfreut und verabschiedete sich herzlich von den Vertretern der Arbeiter.“ — In Dänemark hat also selbst der König nichts gegen die Sozialdemokraten einzubauen, in Deutschland möchte man sie immer wieder unter ein Ausnahmegesetz stellen.

Aus einem „Arbeitswilligen“-Biederbuch. Bekanntlich hat der verlorene gegangene Streit in Crimmitzschau einen nationalen Arbeitsverein gezielt, der seine Mitglieder engstlich von den übrigen Arbeitsverbänden abschließt. Er veranstaltet, um die Mitglieder bei guter Laune zu erhalten und sie über den Ernst des Lebens nicht nachdenken zu lassen, auch eigene Veröffentlichungen, welche die Arbeitsfähigkeit darstellt aus, daß Dänemark keine Anarchisten habe. Wenn du nicht denkst, wie deine Eltern denken, Wenn du nicht tust, was der Parteipunkt will, Wagst auch nie einen Deut du abzulehnen, Dann steh' bei dir auch alle Räder still, Da kommt mit fastem Blute Der August mit der Knothe, Der August mit der Knothe, Und bringt dir's bei, daß dich allein macht frei, Wenn ganz du bist der Sklave der Partei.

Eine weitere lustliche Probe ist dem Lied: „Ein Märchen“ entnommen. Es heißt da:

Wer Lust hat, dann Lustballon kaufen, Und wird ihm das Lachen auslief, Da braucht er gar nicht oft zu sparen, Er ziegt gleich ein Automobil,

Ob Schnapsbrüder oder Professor, Sie werden vornehm und reich, Der Zirkusstaat macht alles besser, Und Dummbett und Weisheit sind gleich.

Wenn hierach die Arbeitswilligen des nationalen Vereins mit ihrer Weisheit nicht an die „Weisheit“ der Crimmitzschauer Fabrikanten heranreichen, dann ist ihnen nicht zu helfen. Das, was in ößigen Proben mitgeteilt ist, das ist wirklich Geist vom Fabrikantenteile in Crimmitzschau und auch August mit der Knothe gehört dazu. Ob sie die Mitglieder in diesem „Heim dich“-Verein nun nicht überaus — national vorkommen?

Bekanntmachung.

Am 1. Oktober d. J. soll die Stelle eines Gauleiters des rheinischen Gaues besetzt werden. Diejenigen, welche die Wahl einer Kommission angenommen. In dieselbe wurden die Kollegen Gauntz, Klinger und Otto von der freien und die Kollegen Herzmann und Hirschfeld von der christlichen Delegationsgruppe gewählt. Dieser Kommission liegt zunächst die Aufstellung eines Saales für Verhältnisse einer groben Versammlung vor. Gleichwohl schließt der Vorsitzende mit einer Begrüßung der Kollegen Gauntz, Otto, Klinger, Langer, Paul und Exner. Ihre Ausführungen bekräftigten sich auf die Herabsetzung besonders trauriger Missstände. Schließlich wurde ein Antrag für die Wahl einer Kommission angenommen. In dieselbe wurden die Kollegen Gauntz, Klinger und Otto von der freien und die Kollegen Herzmann und Hirschfeld von der christlichen Delegationsgruppe gewählt. Dieser Kommission liegt zunächst die Aufstellung eines Saales für Verhältnisse einer groben Versammlung vor. Gleichwohl schließt der Vorsitzende mit einer Begrüßung der Kollegen Gauntz, Klinger, Langer, Paul und Exner. Ihre Ausführungen bekräftigten sich auf die Herabsetzung besonders trauriger Missstände. Schließlich wurde ein Antrag für die Wahl einer Kommission angenommen. In dieselbe wurden die Kollegen Gauntz, Klinger und Otto von der freien und die Kollegen Herzmann und Hirschfeld von der christlichen Delegationsgruppe gewählt. Dieser Kommission liegt zunächst die Aufstellung eines Saales für Verhältnisse einer groben Versammlung vor. Gleichwohl schließt der Vorsitzende mit einer Begrüßung der Kollegen Gauntz, Klinger, Langer, Paul und Exner. Ihre Ausführungen bekräftigten sich auf die Herabsetzung besonders trauriger Missstände. Schließlich wurde ein Antrag für die Wahl einer Kommission angenommen. In dieselbe wurden die Kollegen Gauntz, Klinger und Otto von der freien und die Kollegen Herzmann und Hirschfeld von der christlichen Delegationsgruppe gewählt. Dieser Kommission liegt zunächst die Aufstellung eines Saales für Verhältnisse einer groben Versammlung vor. Gleichwohl schließt der Vorsitzende mit einer Begrüßung der Kollegen Gauntz, Klinger, Langer, Paul und Exner. Ihre Ausführungen bekräftigten sich auf die Herabsetzung besonders trauriger Missstände. Schließlich wurde ein Antrag für die Wahl einer Kommission angenommen. In dieselbe wurden die Kollegen Gauntz, Klinger und Otto von der freien und die Kollegen Herzmann und Hirschfeld von der christlichen Delegationsgruppe gewählt. Dieser Kommission liegt zunächst die Aufstellung eines Saales für Verhältnisse einer groben Versammlung vor. Gleichwohl schließt der Vorsitzende mit einer Begrüßung der Kol

Beilage zu Nr. 39 des Textil-Arbeiters.

Chemnitz, Freitag den 23. September 1904.

Die Textilarbeiter Sommersfelds und ihre Organisation.

Man schreibt uns von dort:

Es ist eine bekannte Tatsache, daß die Textilarbeiter- und Arbeitervinnen Sommersfelds unter den miserablen Verhältnissen leben. Wer sich Sommersfeld in der Nähe beschaffen hat, der muß sich erstaunen fragen: Wie ist es nur möglich, daß es immer noch Arbeiter gibt, die trotz so schlechter Verhältnisse zu keiner Organisation zu bringen sind?

Im Vordergrund steht vor allen Dingen die schlechte Entlohnung, mit der die Fabrikanten die Arbeiter abzupressen wissen. Sie haben zum Beispiel die Rauchergarbeiter in manchen Betrieben 12½ Pf. pro Stunde. Das ergibt einen Wochenverdienst von 9 M., bei zwölftägiger Arbeitszeit! Freilich werden auch 13 und 14 Pf. pro Stunde gezahlt, womit natürlich nicht viel mehr auszugehen ist.

Die Arbeiter hätten also Grund genug, sich zu organisieren. Doch da stehen wir auf „unüberwindliche“ Hindernisse. Einer sagt: es reicht nicht zu! Der andre sagt: es mag ja doch nichts! Der ersten Ausrede muß ich entgegenhalten, daß es doch zum Schnaps langt. Aber freilich, Ausreden sind wohlfeil wie Brombeeren. Wenn der Kopf voll gesittiger Gedanken ist, dann sind immer noch „harte Platten“ da, dann langt es doppelt und dreifach zu, nur für die Organisation ist kein Geld da. Ist es dann ein Wunder, wenn den Fabrikanten der Raum schwält? Wenn e den Lohn zu bemessen, wie sie es für gut halten?

Die Rauchergarbeiter haben ebenfalls sehr geringen Lohn: 8–10 Pf. pro Stunde. Auch hat ihnen nicht sich eben der Rang der Organisation durch niedrige Löhne beweisbar.

Nun zur zweiten faulen Ausrede, die sehr häufig und am ehesten gebraucht wird. Es mag ja nichts! wird gefragt. Man holt hier nichts von den erfolglosen Kämpfen zu wissen, die der Textilarbeiterverband schon anderwärts durchgeführt hat. Wenn nur die Hälfte der hier beschäftigten Textilarbeiter organisiert wäre, Arbeiter wär erheblich besserer Zustände zu verzeichnen haben. Das Interessentum wär bestens vor unserer Organisation bekommen, wenn wir eine hohe Mitgliederzahl aufzuweisen haben; dann werden die Fabrikanten unser Wunsche in Erwägung ziehen müssen und können dann durch die Organisation gezwungen werden, unsre Forderungen zu bewilligen. Und eine so hohe Mitgliederzahl zu erhalten, das muß das Ziel jedes einzelnen Arbeiters, jeder Gruppe, das Ziel jedes einzelnen Arbeiters, jeder Gruppe machen, werbend für die Organisation willig zu sein. Gleichzeitig s. dann wird die faule Ausrede: „Es mag ja nichts!“ zu schanden. Erklärt den Boden der Zwecksetzung, der Nörgelei und dahin auch Weg zu besseren Lebensbedingungen, zu immer weiterer Entwicklung aus dem drückenden Foch des Kapitals!

Auch die Schererearbeiterinnen haben einen Lohn aufzuweisen, aber Bevorstellung kostet, nämlich 8–7 M., wobei es sich in die Verhüllung, die Fabrikanten zu legen, wie sie es anfangen würden, mit einem so erträglichen Lohn auszukommen zu wollen. Dieser Lohn stellt ja nur den Preis für eine alte Sattel dar, die man zum Frühstück kochen kann, was mancher e Ihnen gewiß auwollen tut. Und Ihre Chefsen werden unsfern auch nicht die Kunst lehren können, um leicht Marl pro Tag zu bekommen.

Nun zur Webern. Da steht es noch trauriger aus als in der genannten Branche. Iwar sind Weber vorhanden, die einen zehnbaren Lohn erzielen, das sind aber unter hundert vielleicht 10, die übrigen verdienen wöchentlich nur 9, 4, 5, 6 bis 9 M. Ist eine traurige Tatsache, die nicht weggedeutet werden kann. Einige Beispiele, für die bemerkte sei, daß die nachfolgenden einige in der angegebenen Zeit nur zu ergreifen sind bei ganz gutem Stiel, das aber nicht immer zur Verwendung kommt, sodass oft e höheren Wochenverdienste, als oben angegeben, erzielt werden. rde, was nicht der Fall ist, der Lohn pro 1000 Schuh berechnet, leicht mit 8–14 Pf. pro Tausend, würde sich der Verdienst erhöhen. Zählt man z. B. 4 Satin, 5 Schafft, Blattbreite Meter, Länge 42 Meter, Fadenzahl 38–3900, 56 000 Schuh pro Stiel an Lohn 4,50 M., (Arbeitszeit 2–3 Tage), Nach bezahlung auf langsame Externtabelle pro 1000 10 Pf. Bei einem Lohn von 5,00 M. pro Stiel. Ein weiteres Beispiel, Großschafft, Blattbreite 2 Meter, Länge 42 Meter, Fadenzahl 3200, Lohnzahl auf das Stiel 75 000, Lohn 5,75 M., (Arbeitszeit 2 bis 3 Tage). Den Lohn nach Schuh pro 1000 10 Pf. ergibt einen von 7,50 M. Dieselbe Arbeit, nur etwas leichter, Blattbreite Meter, Länge 42 Meter, Fadenzahl 26–2700, Schuhzahl 00 auf das Stiel, Lohn 5 M. (Arbeitszeit 2–3 Tage). Den Lohn nach Schuh berechnet pro 1000 10 Pf. ergibt 7,20 M. Man habe: 72 000 Schuh und 5 M. Lohn. Also nur 3000 Schuh ger als bei der vorigen Arbeit und gleich 75 Pf. weniger, trotzdem bei Verdienst doch schon niedrig genug gehalten ist. weder Baumwollware: Röper, 4 Schafft, Blattbreite 2 Meter, Länge 40–4400, Länge 95 Meter, Schuhzahl 127 000, Lohn 1 M. (Arbeitszeit 7 Tage). Die Stühle machen 50–54 Schuh je Minute. Den Lohn nach Schuh berechnet pro 1000 12 Pf. einen Lohn von 16,27 M. Eine andere Arbeit in Baumwollware: Röper, 3 Schafft, Blattbreite 3,12 Meter, Länge 48 Meter, (Arbeitszeit 8 Tage), Schuhzahl 120 000, Lohn 12 M. Den Lohn Schuh berechnet pro 1000 12 Pf. ergibt einen Lohn von 1 M. Und so fort.

Es könnten noch viele Beispiele angeführt werden, aus denen sehe, wie ungleich die Löhne sind und wieviel mehr es bei einer einheitlichen Lohnberechnung verdienen könnten, daß eine Lohnverhöhung allgemein zur Durchführung gekommen ist. Und damit könnten es die Arbeiter ebenso leicht bringen, so die heutigen Zustände verschuldet haben.

Doch nun wollen wir uns noch mit andern Missständen beschäftigen. Da sind z. B. in alten Fabriken an den Bottichen eine Abstellvorrichtungen vorhanden, was den Arbeitern sehr bequemstellt werden kann. Vielleicht schafft die Arbeitnehmung halb Mühsal, womit aber nicht in Übereinstimmung steht, daß die Arbeiterorganisation sich Monaten helfen könnte, sie — stark genug wäre. Die Arbeiter wurden dem Herrn Großmeister gewiß gern da, dem Pflugsack von Mängeln leid, wenn der Herr sich beschuldigt, an sie wenden würde. Großmeister Sommersfeld ist der Herr Gewerbeinspektor, leicht überzeugt. In betreff der Lohnberechnung von Arbeitervinnen 18 Pf. Wöchentliche zu verlangen. Wie es in diesem Betracht unmittelbar hindeutet, man es sonst übrigens liegen. Da man z. B. in einem Betriebe Arbeitervinnen die Witterungspräise 1. Über kann diese dann die Witterungspräise nicht verlangen? Wir werden bemüht der Gewerbeinspektion den Vorstand

hinsichtlich der Abortanlagen bleibt auch sehr viel zu wünschen übrig; manche sind in so schlechtem Zustande, daß man sich eilen, sie zu beseitigen.

In betreff der Arbeitszeit können wir dasselbe Klageleid erlösen lassen, das uns aus andern Orten entgegenklingt. 11 bis 12 Stunden täglich zu arbeiten ist in Sommersfeld gang und gäbe. Das soll dem Arbeiter noch Zeit zum Nachdenken bleiben, seine Zeitung zu lesen oder auch ein Glas Bier zu trinken. Hierin liegt vor allen Dingen der Schwierpunkt; es muß dafür gesorgt werden, daß den Arbeitern die nötige Zeit geboten wird, aber ihre Lage nachzudenken. Das kann nur dann geschehen, wenn Mann für Mann für eine kürzere Arbeitszeit, für den Jährlinstundenlager eintritt. Wir dürfen keine Mühe scheuen, um den Kampf der Crimmitshauer Arbeiter zu Ende zu führen, es doch zu bringen, daß uns der Jährlinstundenlager bewilligt wird. Selbstverständlich werden die indifferenten Arbeiter einwenden: dann ist der Dienst wieder niedriger. Nichts ist aber verkehrter als das. Sehen wir uns doch die andern Branchen an! Haben sie nicht eine weit kürzere Arbeitszeit als die Textilarbeiter? Hier ist vielleicht eine Tuchfabrik, wo 11–12 Stunden geschustzt wird, und daneben ist ein Baugewerbe, wo nur 10 Stunden täglich gearbeitet wird. In der letzteren verdolten die Arbeiter 9–10 M. pro Woche, und in dem letzten nochmal soviel, trotzdem die Arbeitszeit hier länger ist als in jenem Betrieb. Der Grund? Die Bauarbeiter sind ungleich besser organisiert als die Textilarbeiter. Ist die Textilarbeiterorganisation verhältnismäßig ebenso stark, so werden die Textilarbeiter trocken kürzere Arbeitszeit gleichfalls besseren Verdienst haben. Deshalb muß jeder seine ganze Kraft einsetzen zur Stärkung der Organisation und Eingringung des Jährlinstundenlagers.

Nun noch etwas über die Organisation selbst. Sie fand 1899 in Sommersfeld Eingang und erreichte nach dreijähriger Dauer einen Bestand von 145 Mitgliedern. Als dann die Böhmer Generalversammlung den Beitrag um 10 Pf. erhöhte, ging unsre Filiale zu zerstreuen. Nach ca. zwölfjährigem Schlummer wurde 1902 wieder eine Filiale des Deutschen Textilarbeiterverbandes ins Leben gerufen. Anfang dieses Jahres hatten wir einen Mitgliederbestand von 117, sind aber durch die legitime Beitragserhöhung auf 90 Mitglieder zurückgegangen.

Sollte sich diese Zahl nicht bald verzehnfachen lassen? Textilarbeiter und Arbeitervinnen, zeigt, daß ihr noch Mut und Kraft genug habt, eurer Erfahrung gemäß zu handeln und tretet dem Zentralverband Deutscher Textilarbeiter bei, von dessen Mitgliedertat für euch Ihr gewiß nach dem Lesen des vorstehenden überzeugt seid. Brecht mit der fatalistischen Auschauung, daß es alles nichts nützt und daß Ihr den Beitrag von 90 Pf. — nicht zahlen könnet. Denkt: Was der Mensch will, das kann er auch! Und vor allem:

Geld gewillt, zu wollen! P. W.

Wirtschaftliche Rundschau.

Blauerer Geschäftsgang — Preisschwankung der Lebensmittel — der Baumwollmarkt — Schiffahrtsstreik — der Frankfurter Jahresbericht über die Metallproduktion 1903.

Unter den allgemeinen Geschäftsgang lauteten in den letzten Wochen die Mitteilungen nicht besonders erfreulich. Der Stahlwerkeverband hat anfangs zuviel Wehrmachts- und Gelbstoff aufgewendet; als umso unerträglicher sieht man jetzt das Absauen der Hoffnungen; auch Wirtschaftspreise in der Rüstungsbehandlung werden gestiegen. Ob die nicht besonders glänzende Lage spricht fern, daß manche dieser Stahlwerke bei Maschineneinführungen immer härtere Gegenlieferungsfordernisse stellen; einzelne verlangen 40 bis 50 Proz. des Wertes der von Ihnen bestellten Maschinen durch Gegenlieferung begleichen zu können. Das steht gerade nicht nach Profitabilität aus. Im Verein deutscher Werkzeugmaschinen wiederum flachte man über ungünstige Aufträge, die weit hinter der Leistungsfähigkeit der Fabriken zurückbleiben, während zugleich neue Aufträge in der Rüstungsindustrie die Nachfrage fördern; auch England, das gleichfalls aus der Stellung nicht recht herauskommt, unterblieb gelegentlich, so bei Vergabe von Werkzeugmaschinen für den deutschen Schiffsbau. In einem großen Lande wie Deutschland eine Produktionssteigerung um etwa 5000 Tonnen auf 145 300 Tonnen auf Amerika eine solche um 8000 Tonnen auf 262 200 Tonnen, die Tschechien um 3000 Tonnen auf 7800 Tonnen, wogegen die spanische Produktion um 9000 Tonnen auf 163 400 Tonnen abnahm, auch diejenige Italiens um 4400 Tonnen auf 22 100 Tonnen; die Gewinnung Mexikos um 100 000 Tonnen auf 22 000 Tonnen, Australiens mit 71 300 (72 300) und Großbritanniens mit 28 000 (25 800) Tonnen zeigt geringere Veränderungen. Der Metallverbrauch erhöht sich mit 878 777 Tonnen auf 900 000 Tonnen. Von den einzelnen Ländern weilt Deutschland eine Produktionssteigerung um etwa 5000 Tonnen auf 113 300 Tonnen auf Amerika eine solche um 8000 Tonnen auf 284 500 Tonnen und Russland mit 7700 auf 91 000 Tonnen; Rückgänge verzeichneten dagegen Großbritannien um 4600 auf 292 300, Frankreich infolge des durch das bekannte Regierungsdiktat geförderten weiteren Rückgangs des Weltwehrverbrauchs um 4800 auf 80 000 und Italien um 1000 auf 24 000 Tonnen.

Mittel hatte in 1903 eine Produktion von 9850 Tonnen gegen vorjährige 8789 Tonnen, Berlin, 11. September 1904.

Max Schippel

Der französische Gewerkschaftskongress.

ac. Am Montag den 12. September trat in Bourges der Nationalkongress der französischen Gewerkschaften, welche in der Confédération du Travail vereinigt sind, zusammen. Die Tagesordnung war eine reichhaltige; außer den üblichen Redenbeschriften kamen u. a. folgende Punkte zur Verhandlung: Die Kontrollmarken (für deren Einführung sich die französischen Gewerkschaften in letzter Zeit sehr interessiert haben), der Arbeitszeitentzug, Mindestlohn, Altersversicherung für Arbeiter, Haftstellung von Arbeitern, Inspektoren, der Generalstreik, die ausländischen Arbeiter, die Aufforderung, der Krieg und der Antimilitarismus usw.

Die Zahl der Delegierten ist gegenüber den bisherigen Kongressen ungemein groß; es sind gegen 260–300 Delegierte anwesend, darunter circa 40 von land- und forstwirtschaftlichen Arbeitern. Vor Eintritt in die Tagesordnung wird eine Sympathieerklärung für die Streikenden von Marcellis angenommen. In einer hellen Szene kam es, als eine Resolution unterbreitet wurde, in der erklärt wird, daß die Hörer versuchen, die Wörter von Cluses (gemeint sind die Fabrikantin Léonine, welche auf streikende Arbeiter geschossen hatten) zu retten, die das Proletariat zum Tode verurteilt. Man rief dazwischen: „Wir sind gegen die Todesstrafe“. Darauf der Antragsteller: „Ja, wir sind gegen die Todesstrafe, aber den, der mich töten will, den töte ich.“ Hierauf antwortete ein anderer: „Das sind die Argumente der Bourgeoisie, mit denen sie die Todesstrafe aufrecht erhalten will.“ Endlich wurde beschlossen, den Prozeß in einer anderen Form zum Ausdruck zu bringen.

Nachdem der Kongress nach der ersten Sitzung am Montag morgen verlegt worden war, um der Mandat-Wahlkommision Zeit zu lassen, die Mandate zu prüfen, traten die Delegierten am Dienstag morgen wieder zu einer Sitzung zusammen. Aber zugleich die

	1904/05	1903/04
Mill. Quarters	Mill. Quarters	
in Amerika	78	80
Indien	44	24
Frankreich	95	31
England	5	7
Allem. zusammen	855	201

Amerika wird allerdings als Weizenüberschuh bedeutend weniger abzugeben haben (1903/04 noch immer 97 Mill. Quarters, diesmal wahrscheinlich nur 6 Mill. Quarters). Über der ganzen Zufuhr bedarf Europa ist diesmal nur auf 64/7 Mill. Quarters höher (gemeint sind die Fabrikantin Léonine, welche auf streikende Arbeiter geschossen hatten) zu rechnen, die das Proletariat zum Tode verurteilt. Man rief dazwischen: „Wir sind gegen die Todesstrafe“. Darauf der Antragsteller: „Ja, wir sind gegen die Todesstrafe, aber den, der mich töten will, den töte ich.“ Hierauf antwortete ein anderer: „Das sind die Argumente der Bourgeoisie, mit denen sie die Todesstrafe aufrecht erhalten will.“ Endlich wurde beschlossen, den Prozeß in einer anderen Form zum Ausdruck zu bringen.

Nachdem der Kongress nach der ersten Sitzung am Montag morgen verlegt worden war, um der Mandat-Wahlkommision Zeit zu lassen, die Mandate zu prüfen, traten die Delegierten am Dienstag morgen wieder zu einer Sitzung zusammen. Aber zugleich die

Kommission einen Teil der Nacht durchgearbeitet hatte, war ihre Aufgabe noch nicht erledigt, und der Kongress vertagte sich abermals bis nachmittags. Die Nachmittagssitzung des Dienstag wurde nun fast ausschließlich mit der Diskussion über die Mandate ausgefüllt, die Kommission will 1178 Mandate zulassen, einige werden zurückgewiesen. Als die Sitzung um 7½ Uhr abends geschlossen wird, ist weder noch nichts erreicht, als die Wahl des Bureaus für den nächsten Tag vollzogen.

Aus dem Bericht des Confederalen Comitees sei hervorzuheben, dass die Zahl der dem allgemeinen Gewerkschaftsbunde angeschlossenen Verbände im Jahr 1901 auf 52 gestiegen ist. Diese Verbände zählten im Juli 1901 insgesamt 1792 Gewerkschafter (Ortsgruppen beziehentlich Branchensektionen). Viele Verbände und Einzelgewerkschaften stehen noch außerhalb der Confederation, so der alte Bergarbeiterverband. Die Einnahmen betrugen 1901 870,25 Frs., denen 1803,10 Frs. an Ausgaben gegenüberstehen.

Die lösungslöse Zeit wurde von verschlebener Gruppen berührt, um Kompetenzen der Berufsverbände abzuhalten. So traten die land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter und die Gärtnere zusammen, um über den eventuellen Zusammenschluss ihrer Vereinigungen zu beraten. Auch die Gruppe der Holzarbeiter aller Branchen hielt eine Konferenz ab, deren Resultat die Annahme einer Resolution war, in welcher den Gewerkschaften dieser Industriegruppe empfohlen wird, sich in allen Städten zur Wahrung der allgemeinen Interessen zusammenzuschließen. Es handelt sich also nur um eine Art Kartellverhältnis.

Am dritten Verhandlungstage endlich wird in die Tagesordnung eingetreten. Die ganze Vormittagssitzung jedoch ist noch der Diskussion über den Bericht der Wiandals-Prüfungskommission gewidmet; nach langem Hin und Her wird der Bericht, wonach einige Mandate fassiert sind, gutgeheissen. Sodann wird die Diskussion über den Bericht des Conferedalen Committees eröffnet. Reuter (Buchdrucker) wendet sich gegen das Committee, welches keine Pflicht nicht vollauf erfüllt habe. Im Gewerkschaftsorgan „Voix du Peuple“ habe das Committee einseitig für seine Anschauungen Propaganda gemacht und manches von der gegnerischen Seite zurückgewiesen. Das Committee habe seine Pflicht bezüglich der Organisierung der Arbeiter und der Vereinigung aller Organisationen nicht getan. So seien die Bergleute und die Korrektoren durch die Schuld des Committees noch außerhalb des allgemeinen Gewerkschaftsbundes. Reuter verteidigt seine Organisation gegen die Vorwürfe, die man ihr wegen ihrer Unterstützungsstasse (Kranken- und Arbeitslosenunterstützung) gemacht habe. Die Organisation habe damit nie den Kampf um materielle und moralische Hebung der Arbeiterklasse versäumt; die Unterstützungsstellen dienten nur zur Stärkung der Organisation. Redner wendet sich gegen die von vielen Gewerkschaften verfolgte Taktik der „Action direct“, die er für verfehlt erachtet. — Die nachfolgende Diskussion dreht sich um die Taktik der Gewerkschaften. Der größte Teil der französischen Gewerkschaften steht noch auf dem Standpunkte, daß niedere Beiträge genügen; von Unterstützungsseinrichtungen, gefüllten Streitstellen denken sie sehr geringfähig und verlassen sich auf die „Action direct“, bestehend in Straßenumzügen und Demonstrationen aller Art. Nur wenige Gewerkschaften, wie die Buchdrucker, Metallarbeiter und einige andere haben wenigstens den Anfang gemacht, etwas höhere Beiträge einzuführen. Bei Schluss der Nachmittagsitzung ist die Debatte über diesen Punkt noch nicht beendet.

Am vierten Verhandlungstage wird vor Eintritt in die Tagesordnung ein Telegramm von Jaures vorlesen, in welchem derselbe gegen das über ihn ausgesprengte Gericht protestiert, nach welchem er gesagt haben sollte, die Confédération du Travail habe von den Nationalisten Fonds zur Verfügung gestellt erhalten. Nun wird die Diskussion über die Taktik der Gewerkschaften fortgesetzt. Guérard (Essenbachuer) meint, das Eindringen der Politik in die Gewerkschaften sei schuld an den Zwischenfällen; das sei die Ursache der Differenzen. Auch er wendet sich gegen das Gewerkschaftsorgan, welches, trotzdem es die Unzulänglichkeit der Politik proklamiert, sich doch gegen das Ministerium ausspreche. Die politische Aktion, so schreibt Guérard, könne niemals dieselben Erfolge erzielen als der wirtschaftliche Kampf. Warum also diesen Kongress scheiden in Revolutionäre und in Reformisten oder Ministerelle? Vouziquet (Vader) erklärt sich als Anhänger der „Action directe“ mit deren Anwendung die Väterearbeiter große Erfolge erzielt hätten. Die Väterearbeiter hätten im letzten Jahre 18 siegreiche Streiks durchgeführt und von 17 Mitgliedern im Jahre 1900 sei der Verbund auf 3000 gestiegen. Lalapie (Metallarbeiter) wendet sich gegen Guérard, dessen Aussführungen geeignet seien, die Revolutionäre, welche jeden Parlamentarismus verwerfen, von denen zu trennen, welche den organisierten Arbeitern das Recht vorbehalten wüssten wollen, sich außerhalb der Gewerkschaft politisch zu betätigen. Der Kampf zwischen den zwei Tendenzen, d. h. zwischen den halb-anarchistischen Nur-Gewerksätern, welche den Parlamentarismus und jede Beteiligung der Arbeiter an der Politik verwerfen, und denen, welche die Beteiligung der Arbeiter an der politischen Aktion außerhalb der Gewerkschaft zulassen wollen, dauert den ganzen vierten Verhandlungstag. Das schließliche Resultat ist die Annahme des Vorstandsberichts mit 819 gegen 374 Stimmen bei 13 Stimmenthaltungen.

Die proportionale Vertretung, über welche am nächsten Tage verhandelt wird, zeitigt ebenfalls sehr heftige Debatten; in den zweitagesitzungen konnte dieser Punkt nicht zu Ende geführt werden und wurde deshalb eine Nachsitzung abgehalten. Der Streit drehte sich hier um die Vertretungsbasis im Vorstand der Conföderation. Bis jetzt bestand dieser Vorstand aus gleichberechtigten Delegierten von Verbänden, Arbeitsbörsen und einzelnen Gewerkschaften; jedes Vorstandsmitglied hatte eine Stimme. Die Mehrheit hatten die sogenannten sozial-revolutionären oder generalstreiklerischen Gewerkschaften, die für möglichst niedrige Beiträge sind und als Stampsmittel für die Arbeiterschaft nur die sogenannte „Aktion direct“ und als deren äußerste Konsequenz den Generalstreik anerkennen. Ihnen gegenüber stehen die sogenannten Reformisten, welche bestrebt sind, ihre gewerkschaftliche Taktik mehr der in Deutschland und anderen Ländern üblichen anzupassen. Diese suchen ihre Stassen zu stärken, Unterstüzungszweige einzuführen usw. Es sind dies meist die größeren Verbände, unter ihnen die Buchdrucker und der Mechaniker-Verband, von welchem diesmal der Proportzantrag ausgeht. Während der Propora im Namen der Gleichheit und Gerechtigkeit bekämpft wird, machen diese größeren Gewerkschaftsverbände geltend, daß sie in der Tat von der Minorität majorisiert werden. Die Abstimmung, welche spät nachts erfolgte, endete mit einem Sieg der Proporzanhänger; es wurden 892 Stimmen für, 888 gegen den Antrag abgegeben.

Mit der Entscheidung über den Proportz ist das Interesse an den Verhandlungen stark vermindert. Zur Verhandlung gelangt der Achtstundentag. Die Meinungen waren darüber geteilt, ob ein Gesetzentwurf vorzulegen sei, oder ob man durch direktes Vorgehen gegen die Unternehmer drückt zur Einführung der achtstündigen Arbeitszeit zwingen solle. Der parlamentarische Weg wurde vorworfen und es wurde beschlossen, vom 1. Mai 1905 bis 1. Mai 1906 eine unablässige Agitation für den Achtstundentag zu betreiben, mit schließlich am 1. Mai 1906 die Einführung desselben durch eine allgemeine Mehrheitsabstimmung zu erzwingen. Der Rest der Tagesverhandlung wurde unter großer Unruhe erledigt; der Kongress war durch die Feindseligkeiten, zum Teil sehr unmiesten Verhandlungen aufs äußerste erschöpft. Nachdem so noch eine

ganze Anzahl Resolutionen und Anträge zur Abstimmung gelangt waren, wurde der Kongress unter Abstimmung der Internationale geschlossen.

Mitteilungen aus Fachkreisen.

Ndors. (Versammlungsbericht.) Die am 14. September im „Feldschlößchen“ abgehaltene Mitgliederversammlung der hiesigen Filiale des Textilarbeiterverbandes war schwach besucht. Es fand zunächst über das Thema: „Der christliche Textilarbeiterverband und die moderne Arbeiterbewegung“ eine reisliche Ausehrung statt. Man kam zu dem Resumee, daß eine berartige Organisation der modernen Arbeiterbewegung Lehren Nachteil bringen kann. Die Entwicklung der modernen Arbeiterbewegung wied auch über die christliche Textilarbeiterorganisation zur Tagesordnung übergehen. Ferner wurde beschlossen, die Versammlungen im Winterhalbjahr jeden dritten Sonntag im Monat stattfinden zu lassen. Weiter wurde der Vorstand beauftragt, zur nächsten Filialversammlung einen Referenten heranzuziehen. Des weiteren wurde angeregt, in jeder Versammlung entweder einen Vortrag oder eine Vorlesung zu halten. Unsere Mitglieder sollen sich in unseren Versammlungen bilden, deshalb müssen unsere Versammlungen eine Schule sein. Ferner wurde noch angeregt, um das Zusammengehörigkeitsgefühl zu pflegen, in unserem Dorf öfters gesellige Unterhaltungen der Mitglieder zu veranstalten. Die Verbandskollegen wurden ermahnt, bei ihren Ausgängen nur das „Feldschlößchen“ zu berücksichtigen und dort ihre Groschen zu verzehren. Nach einem längeren Austausch über unsere Angelegenheiten wurde die Versammlung geschlossen.

Eisenberg S.-H. Infolge der eingetretenen Beitragserhöhung bewillten Ernst Fischer und Louis Habenstein ihren Austritt aus dem Verbande. — Frieden ihrer Wölfe! — Das diesjährige (zehnjährige) Güstingfest findet am 8. Oktober im „Altenburger Hofe“ statt. Es wird in Abendunterhaltung und in einem Tänzchen bestehen.

Hannover-Linden. (Versammlungsbericht.) Die hiesige Filiale hielt am Sonnabend den 10. Februar ihre Mitgliederversammlung ab.

am Sammabend den 10. September ihre Mitgliederversammlung ab. Es war dem Vorstande gelungen, den Arbeitersekretär U. Paul zu einem hochinteressanten Vortrag zu gewinnen über das Thema „Bibel oder Bibel“. Redner ging in seiner Einstellung erst auf die Entstehung dieses Vortrages ein, welcher sich durch die Ausgrabungen im alten Babylon, die in vielen Punkten die Angaben der Bibel decken und daher das Alter der Wissenschaft und der Assyriologie im besonderen auf sich lenken. Es sei daher nachzuweisen, ob erst die Bibel und dann Babel, oder ob erst Babel und dann die Bibel entstanden sei. Redner verstand es meisterhaft, durch Illustrationen seine sonst schon so flauen Ausführungen zu ersäubern. Er zeigte, daß die Bibel nur eine traditionelle Überlieferung sei, bei der es auf ein Wort mehr oder weniger nicht angekommen sei. Es wurden dann noch die Sitten und Gebräuche im alten babylonischen Reich erläutert. Wenn die Bibel ein Buch sein sollte, meinte Redner, welches auf die heutige Jugend erzieherisch wirken soll, muß manches aus derselben entfernt werden, da sie sonst statt erzieherisch, sittenverderbend wirkt. Der Vortrag wurde mit großem Beifall aufgenommen. Eine Diskussion aber ihn fand nicht statt. Unter Verbandsangelegenheiten wurde dann noch zur Frage des Gaubeamten unseres Agitationsbezirks Stellung genommen und beschlossen, die Auswahl des Gaubeamten dem Zentralvorstand zu überlassen und Hannover-Linden als Vorort zu nehmen. Diese Vorschläge sollen dem Agitationskomitee unterbreitet werden. Es wurde kritisiert, daß unser Bezirk ständig zurückgesetzt werde, für unseren Bezirk aber ein Gaubeamter bringend nötig sei. Kollegen, wenn man den Besuch unserer Versammlungen ansieht und dabei bedenkt, was sich der Vorstand ständig für Mühe gibt, die Versammlungen zu dem zu machen, was sie sein sollen: zu einer Lehr- und Bildungsstätte der Mitglieder, so muß man zu der Überzeugung kommen, daß es mal not tut, die Mitglieder auf ihre Pflichten aufmerksam zu machen. Es sei daran erinnert, daß man sich beim Eintritt in die Gewerkschaft gelobt, seinen Pflichten aufs vorsichtige nachzukommen. Dazu gehört aber nicht

seinen Pflichten auss punktgenau nachkommen. Dazu gehört aber nicht nur, daß man selber Beitragspflicht genügt, sondern auch, daß man für den Verband agitiert und regelmäßig die Versammlungen besucht. Haben es doch einzelne Kollegen verstanden, in ihrem Betriebe für die Versammlungen zu agitieren, als dieselben für sich was zur Durchführung bringen; wollten nun aber da sie ein lägäliches Glaslo erschien, scheint ihnen der Nutzen zum Agitteren vergangen zu sein. — Das neigt man dann „Interesse haben.“ Denon, das es an geht, rufen wir zu: Einmal in die Versammlung aus eigener Überzeugung, wenn Sie ein Wollwert gegen kapitalistische Übergriffe bilden wollt, denn die Textilarbeiter von Hannover-Linden sind nicht auf Rosen gebettet, und wenn Ihr wollt, daß es nicht noch schlechter werden soll, so wird es die höchste Zeit, daß Ihr euch mehr denn je um eure Gewerkschaft bekümmert. Wir machen ferner noch darauf aufmerksam, daß unsere Filiale im Besitz einer guten

Bibliothek ist, welche den Mitgliedern zur ständigen Benutzung empfohlen sei.
H. M.

Kassel. (Versammlungsbericht.) Am 9. September fand im „Bunten Buch“ eine öffentliche Textilarbeiter- und Arbeiterinnen-Versammlung statt, in der Gewerbe- und Schiedsgerichtsbehörde Brinkmann einen lehrreichen Vortrag über die Arbeiterversicherung hielt. Er besprach das Wichtigste der Krankenversicherung, des Unfallversicherungsgesetzes und berührte dann kurz die Invaliden- und Altersversicherung. Hinsichtlich der Krankenversicherung wies er namentlich darauf hin, daß aus der Arbeit getretene Mitglieder noch drei Wochen lang Ansprüche an die Kasse haben, wenn sie nicht wo anders in Arbeit treten. Für entlassene schwangere Frauen und Mädchen sei die freiwillige Weiterversicherung, die innerhalb einer Woche nach der Entlassung erfolgen muß, ein Schutz gegen Entziehung auch über die Frist von drei Wochen hinaus. Natürlich können auch die männlichen Mitglieder freiwillig weiter steuern. Redner mahnte, bei Unfällen stets darauf zu achten, daß der Unfall durch den Betriebsunternehmer der zuständigen Berufsgenossenschaft sofort gemeldet wird, damit bei der Geltendmachung von Rentenanträgen keine unnötigen Verzerrungen entstehen könnten. Wichtig sei auch, zu wissen, daß bei Unfällen, die Erwerbsunfähigkeit zur Folge haben, von der fünften Woche an soviel an Krankengeld zu zahlen ist, daß dasselbe zwei Drittel des durchschnittlichen Lohnes beträgt. Was daran fehlt, muß der Unternehmer aus seiner Tasche ausschieben. Es scheine jedoch, daß es vielfach aus Rassennüchtern genommen werde, was unzulässig sei. Sache des Rassenvorstandes sei es, solchen Missbrauchen mit aller Energie entgegenzutreten. Hinsichtlich der Invalidenversicherung warnte der Redner die Mädchen davor, sich nach ihrer Verheiratung die gezahlten Beiträge zurückzulassen zu lassen, da sie doch alle einmal in die Lage kommen könnten, die Invalidenrente zu beanspruchen, worauf sie aber nach Rückempfang der Beiträge verzichten müssten. Wer aber nicht weiter steuern wolle, müsse die Beiträge innerhalb dreier Monate nach der Verheiratung zurückfordern. Der Redner versprach, sich noch weiter über das Invaliden- und Altersversicherungsgesetz in einer späteren Versammlung zu verbreiten. Der Vortrag fand den verdienten Absatz. Dolder war die Versammlung schlecht besucht, ein Zeichen, daß die Textilarbeiter sich wenig für die Sozialgesetzgebung interessieren, oder doch nur dann, wenn sie von ihr profitieren wollen; dann laufen sie von Pontius zu Pilatus.

Dem Vortrage schloß sich eine Kritische Diskussion an.
Lechhausen. (Versammlungsbericht.) Am 11. September hielten wir eine Filialversammlung ab. Der Kassierer berichtete über die Kassenverhältnisse. Einnahme bezw. Kassenbestand vom vorigen Quartal 888,75 Mf.; Ausgabe 760,35 Mf. Somit verbleibt ein Kassenbestand von 127,40 Mf. Der Vorsitzende wies an der Hand des Kassenberichts und der hohen Kranionunterstützungssätze die Einwendungen, die oft von slauen Mitgliedern gemacht werden, energisch zurück. Unsere Mitgliederzahl beträgt jetzt 280, wulde aber an die 400grenzen, wenn uns nicht so viele und zum größten Teile alte Kollegen ob der Beitragsverhöhung den Rücken gefehlt hätten. Unter "Verchiedenes" wurde nach längerer Aussprache von Seiten der Mitglieder ein Kollege als gewünscht erkannt. Es hat in diesem Falle den Anschein, daß Machinationen des Industrievereins vorliegen. Werner wurde beschlossen, am 16. Oktober eine Familienunterhaltung im Kronensaale zu veranstalten; der Ausschuß wurde beauftragt, dieselbe zu ordnen. Nach Präsentation der Tagesordnung für die nächste Versammlung erfolgte Schluß der Versammlung. Als zweiter Punkt der Tagesordnung der nächsten Versammlung wird die Abstimmung übernommen.

gezogen. Nun ist es aber auffallend, daß Japan selbst keine so gewaltige Störung in seinen Handelsverhältnissen aufzuweisen hat. Der jetzt erschienene Bericht über den Außenhandel Japans im ersten Halbjahre 1904 zeigt in manchen Industrieprodukten sogar noch eine erhebliche Zunahme.

In Wertsummen zu 1000 Yen sind im ersten Halbjahre eingeführt: Rohbaumwolle 35763 (36083), Wollgarn 917 (274), Wollmüsselin 878 (2462). Die eingeklammerten Zahlen bedeuten die Einfuhr in der gleichen Zeit des Vorjahres. Demnach ist in Wollgarn eine ziemliche Steigerung, in Rohbaumwolle eine geringe Abnahme, aber in Wollmüsselin eine recht bedeutende Verminderung der Einfuhr zu verzeichnen. Der Wert der Gesamtausfuhr betrug in derselben Zeit 137 465 703 Yen gegenüber 125 918 757 Yen im Vorjahr. Die Gesamteinfuhr hat sich über $16\frac{1}{2}$ Millionen Yen gesteigert. Es mag sein, dass eine große Anzahl von Artikeln im Betracht kommen, die kurz vor Beginn des Krieges in erhöhten Mengen zur Einfuhr gelangten, und der eigentliche Druck auf den Welthandel erst in den letzten Monaten mehr zur Geltung kam. Der Rückgang in einzelnen Artikeln der Industrieerzeugnisse ist schon nach den vorliegenden Zahlen ein solcher, der bei dem ohnehin nicht flotten Geschäftsgange sich ganz empfindlich bemerkbar macht. Die Ausfuhr japanischer Seide über Yokohama hat sich vom Jahre 1894/95 von 51 396 auf 73 981 Wallen im Jahre 1903/04 gesteigert. An der Ausfuhr des letzten Jahres hat sich Amerika mit circa zwei Dritteln beteiligt.

In einzelnen Branchen der deutschen Textilindustrie wird gegenwärtig stark über einen ganz flauen Geschäftsgang geklagt, ganz besonders ist die Phantasiewarenbranche davon betroffen.

Eine sehr erfreuliche Nachricht wurde aus Boston gemeldet, es heißt da, daß die Baumwollensindustrie zum erstenmal, seitdem dieselbe dort darniederlag, ein besseres Aussehen angenommen hat. 13000 Arbeiter, welche bis dahin beschäftigungslos waren, sind entweder wieder angenommen oder benachrichtigt worden, daß man sie innerhalb wenigen Tagen wieder beschäftigen werde. Insgesamt waren, nach der heit, Drahtnachricht, während des Darniederliegens der Industrie 75000 Personen ohne Arbeit oder auf Kurze Schicht gesetzt.

Urh der bedeutenden Schwankungen auf dem Gebiete des Welthandels haben die deutschen Textilarbeiter keine Veranlassung, wenn auch hier und da ein recht ruhiger Geschäftsgang sich unliebsam bemerkbar macht, die Köpfe hängen zu lassen. Die längeren Abende im Winterhalbjahr bieten die günstigste Gelegenheit, innerhalb der Organisation Zusammenkünfte der verschiedenen Art zu arrangieren. Um auch denjenigen es möglich zu machen, sich daran zu beteiligen, die nicht die vermeintlichen nötigen Mittel zum Glase über haben, muß ganz energisch dahin gearbeitet werden, daß der Trinkzwang, wie es erfreulicherweise immer mehr der Fall wird, beseitigt wird. Um allen „faulen“ Ausreden zu begegnen, ist angebracht, auch dort, wo ganz selbstverständlich schon bisher kein Versammlungsbesucher verpflichtet war, etwas zu verkehren, daß dies immer wieder bekannt gegeben wird.

Baumwollkultur in Spanien. Die Baumwollnot der letzten Jahre und die Preissteigerung der Rohbaumwolle ermuntert überall in den südlichen Ländern zu Anbauversuchen.

In Spanien liegt den Cortes ein Gesetzentwurf zur Einführung der Baumwollkultur vor, zu welchem die gegenwärtigen Marktverhältnisse sowie der Umstand, daß bereits in früheren Zeiten die Baumwollkultur in Spanien mit Erfolg betrieben wurde, die Veranlassung boten. Der Gesetzentwurf verfolgt den Zweck, die spanische Landwirtschaft zunächst bloß zu einem Versuche der Wiederbelebung der Baumwollkultur anzuregen, nach dessen Ergebnissen erst beurteilt werden soll, ob der Anbau in größerem Umfange mit Nutzen auf die erzielte Güte der Baumwolle und die Produktionsverhältnisse sich als wirtschaftlich lohnend erwiesen. Es sollen demnach jene Grundstücke, auf welchen der vertragsgewisse Anbau der Baumwollstaude erfolgt, durch drei Jahre von der Grundsteuer vollständig befreit sein und, soweit die Baumwollkultur dann auf denselben fertiggebracht wird, nach durch weitere zehn Jahre mit keiner Grundsteuer als vor der Einführung der Baumwollkultur vorgeschrieben war belastet werden.

Unbaufähigkeit der Baumwolle in Argentinien. Der amerikanische Gesandte in Buenos Aires hat in letzter Zeit Untersuchungen angestellt über die Möglichkeit des Anbaues von Baumwollstauben in Argentinien und spricht sich über eine solche sehr günstig aus: Durch eigene Reisen und Versuche im Lande habe er festgestellt, daß in den Nordprovinzen Argentiniens und in Paraguay ein Gebiet alle erforderlichen Eigenschaften für die erfolgreiche Einführung der Baumwollkultur aufweist, welches an Ausdehnung den Staaten der Union Louisiana, Mississippi, Alabama, Georgia und Süd-Carolina gleichkomme. Alstma und Bodenbeschaffenheit seien zur Erzeugung von Baumwolle bester Gute geeignet; das große Gebiet werde bewässert von den Stromgebieten des Uruguay und Parana und biete in diesen Strömen und in Eisenbahnen, die teils schon im Betrieb, teils noch im Bau seien, günstige Verkehrswege für den Transport von Baumwolle dar. Gegenwärtig befänden sich in Argentinien verschiedene der besten europäischen Rennier der Baumwollkultur. Diese hätten zuvor die Baumwollgebiete der Vereinigten Staaten, Ägyptens und Ostindiens besucht und damit die besten Unterlagen für die Beurteilung der Unbaufähigkeit von Baumwolle gewonnen. Sie wären in der Meinung einig, daß man in Argentinien in kurzer Zeit eine Baumwollkultur im größten Maßstabe ins Leben zu rufen vermöchte. Auch das Ackerbauminsterium Argentiniens habe schon bedeutende Anbauversuche unternommen. Bissher wäre die Baumwollkultur in Argentinien trotz der günstigen Vorbedingungen nicht aufgenommen worden, weil man einen Grund für den Wettbewerb mit den Vereinigten Staaten und anderen Baumwollländern nicht gehabt hätte, und weil die Bevölkerung Argentiniens zu dünn und mit der Viehzucht zu sehr beschäftigt gewesen wäre, um sich mit einer Kultur zu befassen, die viele Handarbeit nötig mache. Es bieste aber nunmehr das Entstehen großer Baumwoll-

Webwareneinfuhr nach Brasilien. Unter den vier Staaten, in welche die brasilianische Handelsstatistik die Warenentfuhrte teilt, hat die Klasse „Fabrikate“ mit dem Werte von 909 008 926 Millions oder 49,1 Prozent des Gesamteinfuhrwertes die grösste Bedeutung. Da Großbritannien im Jahre 1902 an Fabrikaten für 78 408, Deutschland für 21 895, die Vereinigten Staaten für 29 180 und Frankreich für 26 623 Rantos de Reis (1 Ronto = 1000 Millions = gleich 1000 Mark) einzuhören, so waren diese vier Staaten zusammen mit 86,7 Prozent an der Gesamteinfuhr von Fabrikaten beteiligt. Bei Webwaren gestaltete sich dieser Wert hauptsächlich folgt: An Baumwollwaren mit und ohne Behandlung wurden für 56 926 Rantos eingeführt, davon aus Großbritannien für 24 058, aus

ist, zu den Kontos eingetragen, davon aus weberzähmungen für 35 000, aus Deutschland für 8487, aus den Vereinigten Staaten für 3443 und aus Frankreich für 2007 Kontos. England hat in diesen Artikeln eine besonders feste Position und brachte allein an bedruckten Stoffen für 12 850, an gefärbten Stoffen für 10 171 und an welchen (gebleichten) Stoffen für 7202 Kontos. Dagegen übertrug die deutsche Einführung an baumwollenen Strümpfen (1882 Kontos), Säcken, Säcken und Schnüren (1207 Kontos) sowie an Schläppen den vor anderen drei genannten Staaten erheblich. — Waren aus Leinen, Tüts, Vaiss gingen für 5860 Kontos ein, wovon für 2549 Kontos aus Großbritannien kamen, während Preisen mit 743, Deutschland mit 621 und Frankreich mit 588 Kontos beteiligt waren. Das Deutsche Reich steht hier nur mit Linnen, Kramen, Quaten us (22 Kontos), Blindsäcken (187 Kontos) und mit färbiger Wäsche (126 Kontos) an der Spitze, wobei noch fraglich erscheint, inwieweit unter letzterem Westen österreichische Erzeugnisse fallen, deren Gesamtwert auf 230 Kontos angegeben ist. — Der Wert der Einführung von Mollentierwaren erreichte 2248 Kontos. Von 30 Waren davon entfielen auf Großbritannien allein 4125 Kontos auf Russisch-Polens, Russland, Italien usw.; während Deutschland und Frankreich je mit annähernd 17 Prozent beteiligt waren. Die Einführung hatte Russland nur in Silzen (7 Kontos), Wien (2 Kontos) und Spanien (116 Kontos) und nicht besonders aufzuführen waren (830 Kontos). — Zu Seide- und Seidenwaren (Gesamtgewicht 3 107 Kontos) stand Deutschland, wie dieser mit 2673 Kontos an der Spitze, Deutschland folgte mit 724, die Schweiz mit 307 und Großbritannien mit 290 Kontos. Der Anteil der genannten Staaten ist hier doppelt, wie bei Leinen usw. und Wollenwaren, geringfügig.

© 2011 Knopf, LLC

B. Von Zettl-Weltmarkt. Die kriegerischen Ereignisse in Ost-
europa machen hier auf dem Gebiete des Weltmarktes immer spürbarer. Auch die Textilindustrie wird davon betroffen. Weltmarkt da-